



Deutscher Bundestag

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kin-
der (Kinderkommission)

Wortprotokoll der 37. Sitzung

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Berlin, den 5. Juni 2024, 14.45 Uhr

Paul-Löbe-Haus

2.200

Vorsitz: Matthias Seestern-Pauly, MdB

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 1 nicht öffentlich Seite 5

Pressemitteilung „Welttag gegen Kinderarbeit“

Tagesordnungspunkt 2 nicht öffentlich Seite 5

Austausch mit der Monitoring-Stelle UN-Kinder-
rechtskonvention in der 39. Sitzung der Kinder-
kommission am 26. Juni 2024

Tagesordnungspunkt 3 nicht öffentlich Seite 5

Sonstiges

Tagesordnungspunkt 4 öffentlich Seite 5

Öffentliches Fachgespräch zum Thema „Faktoren,
die über Bildungs- und Entwicklungschancen ent-
scheiden können: Inklusion“



Inhaltsverzeichnis

Anwesenheitslisten	Seite 3
Sprachregister	Seite 4
Wortprotokoll	Seite 5



Anwesenheitsliste

Mitglieder des Ausschusses

	Ordentliche Mitglieder	Anwesenheit	Stellvertretende Mitglieder	Anwesenheit
SPD	Lahrkamp, Sarah	Nein	Hostert, Jasmina	Nein
CDU/CSU	Lehrieder, Paul	Ja	Krumwiede-Steiner, Franziska	Nein
BÜND- NIS 90/DIE GRÜNEN	Fester, Emilia	Ja	Stahr, Nina	Nein
FDP	Seestern-Pauly, Matthias	Ja	Adler, Katja	Nein
DIE LINKE	Reichinnek, Heidi	Nein	Akbulut, Gökay	Nein
AfD	Bollmann, Gereon	Ja	Storch, Beatrix von	Nein

Gäste

Funktion	Name	Anwesenheit
Sachverständige*r	Klockow, Matthias	Ja
Sachverständige*r	Neumann, Julie	Ja
Sachverständige*r	Plachy, Gaby	Ja
Sachverständige*r	Tyrychter, Wolfgang	Ja
Sachverständige*r	Viehoff, Andreas	Ja



Sprechregister der Abgeordneten und Sachverständigen

Abgeordnete

Vors. Matthias Seestern-Pauly	5, 8, 10, 15, 17, 21, 25
Abg. Sarah Lahrkamp	-
Abg. Paul Lehrieder	15
Abg. Emilia Fester	19
Abg. Gereon Bollmann	17

Sachverständige

Andreas Viehoff	12, 16, 17, 24
Gaby Plachy	8, 10, 19, 20, 23
Julie Neumann	9, 10, 20
Matthias Klockow	10, 18, 23
Wolfgang Tyrychter	5, 16, 20, 22



Tagesordnungspunkt 1

Pressemitteilung „Welttag gegen Kinderarbeit“

Siehe hierzu das separat gefertigte Kurzprotokoll.

Tagesordnungspunkt 2

Austausch mit der Monitoring-Stelle UN-Kinderrechtskonvention in der 39. Sitzung der Kinderkommission am 26. Juni 2024

Siehe hierzu das separat gefertigte Kurzprotokoll.

Tagesordnungspunkt 3

Sonstiges

Siehe hierzu das separat gefertigte Kurzprotokoll.

Tagesordnungspunkt 4

Öffentliches Fachgespräch zum Thema „Faktoren, die über Bildungs- und Entwicklungschancen entscheiden können: Inklusion“

Der **Vorsitzende**: Ich begrüße Sie nun zu TOP 4, unserem öffentlichen Fachgespräch zum Thema „Faktoren, die über Bildungs- und Entwicklungschancen entscheiden können“, mit dem Schwerpunkt Inklusion. Ich weise darauf hin, dass diese Sitzung aufgezeichnet wird. Voraussichtlich ab morgen wird sie auch in der Mediathek auf www.bundestag.de abrufbar sein. Zusätzlich wird eine Tonaufzeichnung angefertigt, um im Anschluss ein Wortprotokoll erstellen zu können, das zu gegebener Zeit auf der Internetseite des Bundestags zugänglich sein wird.

Beim Thema Chancengerechtigkeit spielt die Inklusion eine ganz wichtige Rolle, denn Inklusion bedeutet, alle einzubeziehen, niemanden auszugrenzen im Bildungssystem, im ersten Arbeitsmarkt und überall, wo gesellschaftliches Leben

stattfindet. Wie Inklusion im Bildungssystem funktionieren kann und welche Herausforderungen für die Zukunft noch anstehen, darüber möchten wir sehr gerne heute mit fünf Expertinnen und Experten sprechen. Ich begrüße dazu zum einen Herrn Wolfgang Tyrychter vom Dominikus-Ringeisen-Werk, Frau Julie Neumann und Frau Gaby Plachy von der Havelmüllerschule Berlin Reinickendorf, Herrn Matthias Klockow von der Kindertagesstätte „Volltreffer“ der Heilsarmee sowie Herrn Andreas Viehoff, ehemaliger Schulleiter einer Förderschule in Georgsmarienhütte. Der Transparenz halber möchte ich darauf hinweisen, dass ich Herrn Viehoff aus meinem Wahlkreis und der Arbeit dort kenne und wir uns für gewöhnlich duzen, aber ich heute in der heutigen Sitzung beim Sie verbleibe. Seien Sie auf jeden Fall alle herzlich willkommen. Ich freue mich sehr, dass Sie da sind. (Beifall)

Wie wir es gerade schon im Vorfeld besprochen haben, würden wir jetzt damit beginnen, dass jede Institution, die ich gerade vorgestellt habe, mit ihren Vertretern einmal ganz kurz, oder was heißt ganz kurz, für zehn Minuten mit einer Ausführung beginnt und dass wir im Anschluss daran noch die Möglichkeit haben, miteinander ins Gespräch zu kommen, und dass wir spätestens um 16.30 Uhr dann auf die Zielgerade einschwenken müssen oder zum Punkt kommen müssen, weil wir dann weitere Beratungen im Plenum haben.

Und ich würde jetzt als erstes Herrn Tyrychter das Wort erteilen und freue mich auf Ihren Vortrag.

Und jetzt wäre einmal das Mikro super.

Wolfgang Tyrychter (Dominikus-Ringeisen-Werk): Vielen Dank. Ich gebe das kurz frei. Die Folien dienen allerdings nur der Gedankenstütze für meine Ausführungen und vielleicht auch für die Dokumentation. Herzlichen Dank für die Einladung. Ich möchte auch der Transparenz halber sagen: Sie haben mich als Mitarbeiter des Dominikus-Ringeisen-Werks vorgestellt, ein Träger der Behindertenhilfe in Südbayern. Ich bin zeitgleich derzeit auch Vorsitzender des Bundesfachverbandes Caritas, Behindertenhilfe und Psy-



chiatrie und spreche deswegen natürlich aus diesen beiden Blickwinkeln.

Mein beruflicher Hintergrund, das ist denke ich auch wichtig für die Kolleg*innen hier ist eindeutig die Arbeit mit geistig schwer und mehrfach behinderten Menschen. Ich glaube, das ist wichtig, denn Behinderung ist so ein komplexer Begriff. Da werden wir sicher öfters noch drauf zu sprechen kommen. Deswegen mein Fokus sind die geistig schwer und mehrfach behinderten Kinder und Jugendlichen.

Ich habe eingangs ein paar Grundsätze notiert, die ich jetzt nicht alle durchgehen möchte. Ich möchte mit diesem Bild nur sagen: Die Zielsetzung der Inklusion und der UN-Behindertenrechtskonvention zur Selbstbestimmung und Teilhabe von Menschen mit Behinderung ist ein ganz wesentlicher und aus meiner Sicht richtiger Grundsatz. Ich betone das, weil ich mich jetzt im Nachgang natürlich auch etwas kritisch äußern möchte zum Umsetzungsstand und Umsetzungs geschehen und zum Teil auch zu der Diskussion, die wir dazu haben Was meines Erachtens wichtig ist, das wollte ich auch an den Anfang stellen, eine inklusive Gesellschaftsentwicklung ist definitiv ein Generationenprojekt. Das ist nichts, was man zum Beispiel in einer Legislaturperiode machen kann. Es bräuchte dazu, Sie merken, ich bleibe auch jetzt schon im Konjunktiv, grundlegend andere Konzepte von Kita, Schule oder auch Ausbildung und Bildung. Es bedarf einer sehr differenzierten Sicht, da eben die Bedarfe der Menschen sehr unterschiedlich sind, weil Behinderung so vielschichtig und vielfältig ist. Und ich werbe immer für einen Blick aufs Ganze, nämlich die Schwächsten, das ist das, was wir sehen, die Kinder und Jugendlichen mit geistigen und mehrfachen und schweren Behinderungen nicht zu übersehen. Wir integrieren den normalbegabten Rollstuhlfahrer durch Barrierefreiheit schnell, laufen aber Gefahr, die geistig schwer und mehrfach behinderten Kinder und Jugendlichen zu übersehen. Das ist mit diesem Punkt gemeint.

Ich habe versucht, mich an Ihren Fragen zu orientieren. Chancen? Ich denke, dass wir die auch weitestgehend teilen. Natürlich stecken viele

Chancen im gemeinsamen und sozialen Lernen von Kindern mit und ohne Behinderungen. Unstrittig, ja. Zum Beispiel den Umgang mit einem gehörlosen, blinden oder körperbehinderten Kind selbstverständlich von Anfang an zu erleben. Da steckt eine große Chance. Vielfalt zu erleben und kennenzulernen, die verschiedensten Menschen mit ihren Ausgangsbedingungen und deren Möglichkeiten von Anfang an durch gemeinsames Aufwachsen und Lernen kennenzulernen. Da stecken Chancen drin. Natürlich ist es, finde ich, auch einfach von der Haltung sehr wichtig, keine Separierung aufgrund individueller Merkmale zu praktizieren. Du musst dahin, weil du so und so bist. Aber ich mache jetzt schon darauf aufmerksam, wenn wir über schulisches Lernen sprechen, machen wir das auch ohne über Behinderung zu sprechen, indem wir eine Grundschulempfehlung aussprechen und sagen: Du bist geeignet fürs Gymnasium und du nicht. Also wir separieren auch aufgrund anderer Merkmale, die nicht Behinderung sein müssen. Das möchte ich damit sagen. Und natürlich steckt in der Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen viel Chance. Aber auch das ist ganz wichtig: das setzt Wahlmöglichkeiten voraus. Es muss erst mal verschiedene Möglichkeiten geben, unter denen ich entscheiden kann. Das sind aus meiner Sicht die Chancen.

Die Herausforderungen - Ich habe es vorhin schon betont: Behinderungen sind sehr verschieden, ob sie jetzt von psychischen, seelischen Behinderungen, Sinnesbehinderungen, kognitiv geistigen Behinderungen oder Körperbehinderungen sprechen. Die Bedarfe, die daraus abzuleiten sind, sind sehr unterschiedlich. Man kann nie sagen, die behinderten Menschen wollen alle dasselbe. Die Diskussion, die öffentliche, ist aber schnell so, darauf würde ich auch Wert legen, dass wir hier differenzieren und sehr unterschiedliche Bedarfe annehmen.

Sie haben ja die Frage nach Chancengerechtigkeit bei Bildung und Lernen gestellt. Bildung und Schule sind in Deutschland unglaublich leistungsorientierte Systeme, und aus den verschiedenen Möglichkeiten, die bestimmte Behinderungsbilder mit sich bringen, resultiert natürlich unterschiedlichstes Leistungsvermögen. Und solange wir so



hochleistungsselektiv agieren, ist es natürlich schwierig, alle Kinder mit Behinderungen, was ja der Inklusionsbegriff mit sich bringt, in einem System, also zum Beispiel in einer Schulart zu sehen. Dann ist sicherlich eine Herausforderung, dass die Ausgangslage in Deutschland hochspezialisiert ist. Wir haben ein Förderschulsystem oder ein Förderdienst und Reha-System, das sehr ausdifferenziert ist und momentan individuellsten Bedarfen entsprechen kann, aber eben nur an dem jeweiligen spezialisierten Förderort. Das hat natürlich unmittelbar Selektion zur Folge. Was im Moment sicherlich, wenn wir über inklusive Schule sprechen, das ganze Thema Individualbegleitung, eine Herausforderung darstellt, ist der Personal- und Fachkräftemangel, aber natürlich auch die Kosten, die es nach sich zieht. Was ich abschließend mit diesem Bild sagen möchte, mit dieser Wippe, die ich da dargestellt habe, ist: Wir stellen ein Stück weit, wenn wir gemeinsames Lernen, gemeinsame Entwicklungsräume schaffen wollen, immer dieses hochspezialisierte System natürlich in Frage und fahren ein Stück weit diese hochspezialisierten Fördermöglichkeiten zurück. Das ist die Frage, wie die Balance in diesem System zukünftig ausschauen kann, also wie viel spezielle Förderung für diese einzelnen, sehr individuell unterschiedlichen Bedarfe an einem gemeinsamen Lernort, an einem inklusiven Lernort noch möglich ist. Das auszubalancieren ist meines Erachtens die große Herausforderung.

Wenn Sie jetzt aber fragen, und das möchte ich mit dem nächsten Bild zeigen, – dann komme ich auch gleich zum Schluss – Wie könnte man denn jetzt beginnen? Man muss ja irgendwann die ersten Schritte tun. Und ich möchte betonen: Es wurden schon viele erste Schritte getan. Aber wir haben viel Luft nach oben bei der Barrierefreiheit im baulichen Sinne, aber auch bei der sprachlichen Barrierefreiheit, Stichwort Leichte Sprache zum Beispiel. Dann diese gemeinsamen Lern- und Entwicklungsorte schaffen. Damit meine ich aber nicht die eine gemeinsame Klasse für alle Kinder und Jugendlichen, sondern erst mal gemeinsame Gebäude, die man betritt, wo vielleicht der Bus der gleiche ist, der Pausenhof derselbe ist oder wo ich dann bestimmte Dinge gemeinsam tun kann am Förderort übergreifend. Also was ich damit sagen will, ist, man müsste ganz andere Schulgebäude bauen. Wir haben Schulgebäude, die stehen

in der Bundesrepublik und die sind ausgerichtet auf ihre jetzige Zielgruppe. Und sie können dort derzeit ganz schwer all diese Menschen mit Behinderung, mit den unterschiedlichen, zusammenbringen, weil sie einfach verschiedene Gebäude haben. Dann müsste man die gesamte Ausbildung von Fach- und Lehrkräften, meines Erachtens, neu ausrichten. Denn der Ausbildungsgang des Einzelnen prägt natürlich seine Haltung und seine Vorstellung, wie Lernen, wie Betreuung, wie Begleitung auszusehen hat. Und wir haben, genauso wie wir ein versäultes Schulsystem haben, haben wir ein versäultes Ausbildungssystem bei den Fach- und Lehrkräften im System, und die Versäulung in der Ausbildung, aus meiner Sicht, führt danach natürlich dann auch zu einer weiteren Versäulung in der alltäglichen Arbeit. Also: wir bräuchten interdisziplinäre multiprofessionelle Teams, das werden die Kolleg*innen sicher bestätigen, müssen aber dennoch individuelle Assistenz sicherstellen. Ohne spezielle Unterstützungsdienste für bestimmte Behinderungsformen wird es meines Erachtens definitiv nicht gehen. Das wären ganz andere Kitas und Schulen, als wir sie bisher in der Fläche kennen und, das ist mir auch wichtig zu betonen, insbesondere in den Flächenbundesländern auch kennen. Also räumlich, personell, konzeptionell ganz anders zu denken, als das bisher eben sehr versäult ist. Ich bringe mal das Bild der Versäulung. Die Versäulung ist extrem, finde ich, die wir haben und die Leistungsorientierung, die daraus resultiert.

Abschließend, also aus meiner Sicht ist die größte Aufgabe, die Haltungen und Einstellungen zu verändern bei Eltern, Angehörigen, Familien. Sie wissen, wie schnell zum Beispiel an einem Gymnasium ein behindertes Kind als Störfaktor etikettiert wird, weil es vielleicht andere beim Lernen hindert. Das werden die Kolleginnen aus dem schulischen Kontext vermutlich auch darstellen können. Wir brauchen, ich habe das beim Stichwort Ausbildung versucht zu sagen, bei den Fach- und Lehrkräften eine ganz andere Ausbildung und somit anschließend andere professionelle Haltung. Aber auch in der Arbeitswelt. Darauf möchte ich auch hinweisen.

Sie haben auch das Thema berufliche Bildung angesprochen. Auch unsere Arbeitswelt ist natürlich



höchst leistungsorientiert und ist gnadenlos, wenn es darum geht, wenn Leistung nicht erbracht wird in der vorgesehenen Form. Wir bräuchten also eine Veränderung in der Einstellung, Heterogenität als Normalzustand zu empfinden. Ja, und vielleicht auch abschließend, und dann werde ich mit meinen zehn Minuten, ohne auf die Uhr geschaut zu haben, sicherlich schon durch sein, was ganz, ganz wichtig ist und wir haben die Diskussion: Wir haben ja 15 Jahre UN-Behindertenrechtskonvention. Das größte Problem ist schlecht gemachte Inklusion, weil das den ganzen Leuten, die sagen, Inklusion macht ja eh keinen Sinn und Inklusion ist eh problematisch, immer wieder Wasser auf die Mühle gibt. Wenn Inklusion nur so halbseiden begonnen wird oder halbherzig, dann beschädigt das eigentlich den richtigen, grundsätzlich richtigen Leitgedanken. Und das möchte ich vielleicht abschließend auch noch sagen hinsichtlich der SGB VIII Reform, die ja noch kommen soll in dieser Legislatur, auch hier bitte hinzuschauen, dass wir das nicht halbherzig tun, sondern wenn wir was tun, dass wir das gesamte Land und nicht nur die Stadtstaaten, Sie wissen, was ich meine, diese Verwaltungsreform, die da drin steckt, große Jugendämter, kleine Jugendämter im Blick haben und nach Möglichkeit das versuchen, wenn dann richtig zu machen.

Das wäre es jetzt erst mal mit dem Eingangsstatement. Danke, dass Sie mir zugehört haben und ja, gerne dann bitte Fragen und Diskussion. Danke schön.

Der **Vorsitzende**: Ja, vielen Dank erst mal bis dahin für Ihre Ausführungen. Und jetzt würden wir zu den Vertreterinnen der Havelmüller-Schule kommen. Und jetzt bin ich mir nicht ganz sicher, wer von Ihnen beiden beginnen möchte. Also Frau Neumann oder Frau Plachy? Frau Plachy würde beginnen. Alles klar, dann haben Sie das Wort.

Gaby Plachy (Havelmüller-Schule Berlin-Reinickendorf): Ja, alles klar Das waren jetzt so viele Stichworte, wo wir auf jedes einzelne eingehen und antworten könnten. Das wird aber unsere zehn Minuten überschreiten.

Unsere Schule, die 2022 den Schulpreis gewonnen hat, unter anderem mit dem Hinweis, dass wir eine inklusive Schule darstellen und abbilden, hat grundsätzlich das Leitbild, dass Heterogenität als Chance wahrgenommen wird, dass jeder etwas besonders gut kann und dass es normal ist, verschieden zu sein. Also es hat viele Jahre gedauert, Personal zu gewinnen, die dieser Haltung entsprechen. Und ich habe gelernt, nach vielen Jahren, dass Haltung veränderbar ist, denn es steht im krassen Widerspruch zu dem, wie wir ausgebildet sind, wie wir gerade gehört haben. Insofern versuchen wir manchmal die Quadratur des Kreises, und häufig fehlt es auch an Kohärenz, ob das, was wir so tun, auch zueinander passt, sowohl in der eigenen Stadt oder im Land oder wo auch immer, sogar im eigenen engen kleinen System. Wir sind eine Grundschule mit 350 Schülern in einer sozial herausfordernden Gegend. 50 Prozent unserer Kinder kommen aus prekären Familienlagen. Also der Anspruch der Chancengleichheit, die hergestellt werden soll, der ist extrem groß, und das gesamte Kollegium lebt diesen Anspruch mit dem, was wir tun. Dass Schule generell oder Bildung oder Inklusion, wie auch immer, ein Generationenprojekt ist, kann ich nur bestätigen. Aus eigener Erfahrung. Ich habe 20 Jahre diese Schule geleitet und das, was dann übergeben wurde an Frau Neumann vor zwei Jahren und nie fertig ist, also diese Grundhaltung braucht es auch, Schule ist nie fertig, Schule entwickelt sich immer weiter, genauso wie Gesellschaft sich weiterentwickelt. Aber dass es so lange gedauert hat, es brauchte letztendlich Strukturen und Inhalte. Und damit fingen wir an, uns zu unterscheiden von anderen Modellen, von Grundschulen, die ja in Berlin sechs Jahre dauert. Auch das ist eine große Chance und ein Gelingensfaktor insgesamt. Eine der Säulen, die wir tatsächlich gelebt haben und entwickelt haben, über die Jahre, die alle miteinander zusammenhängen und dennoch isoliert zu betrachten und weiterzugeben sind, ist zum Beispiel die Tatsache, dass wir jahrgangsgemischt arbeiten, in den Jahrgängen eins bis drei und dann auch vier bis sechs. Das alleine dauert schon ein paar Jahre, bis das fertig ist. Die große Chance war damals, dass Berlin das gesetzlich vorgesehen hatte. Insofern hatte ich es als Schulleiterin einfach, das dem Kollegium auch abzuverlangen und war dann diejenige, die das auch mitentwickelt



hat. Wenn man in Jahrgangsmischung unterrichtet, braucht es eine völlig andere Art von Unterricht, der individualisiert ist. Und es lässt sich, glaube ich, von selbst erschließen, dass da Kinder mit Handicaps, egal wie sie benannt werden und in welcher Menge sie vorhanden sind, natürlich gut aufgehoben sind. Dass die Lehrkräfte das ritualisierte Handeln, den entsprechenden diagnostischen Blick, den jede pädagogische Lehrkraft – wir haben ja Lehrer und Erzieher *pari pari* in Berlin, auch das ist ein großer Gelingensfaktor, der nicht in allen Bundesländern vorhanden ist – dass die alle diese Haltung auch mitbrachten, um jedes Kind dort abzuholen, wo es steht, das war ein Weg, der letztendlich auch von Methoden im Unterricht, von Inhalten und von, ganz besonders an unserer Schule, Teamstrukturen abhängt. Wenn ich heutzutage Schule berate, ist immer das Erste, was ich sage, Ihr braucht Teamstrukturen. Häufig findet man keine. Aber wenn man es nicht schafft, in Bildungssystemen miteinander über das zu sprechen, was unsere Aufgabe ist, dann hat man, glaube ich, schon im Ansatz verloren. Insofern ist das auch eine ganz gewaltige Herausforderung, so was zu entwickeln.

Lernhäuser wäre dann tatsächlich doch das Aktuellste. Das übernimmt mal Frau Neumann.

Julie Neumann (Havelmüller-Schule Berlin-Reinickendorf): Wie Frau Plachy schon gesagt hat: Die Jahrgangsmischung, die wir haben, die uns auch besonders macht, in eins bis drei und vier bis sechs, ist ja auch schon mal der beste Zustand, dass Heterogenität der Normalzustand ist. Also die Kinder sind allein durch ihre unterschiedlichen Jahrgänge unterschiedlich in den Klassen, und daher spielt dann auch die Tatsache, dass Kinder mit einer Diagnostik noch mit drin sind, für die Kinder und die Lerngruppe gar keine Rolle, weil sie von Anfang an wissen: Wir sind hier unterschiedlich.

Wir sind auch eine leistungsorientierte Schule. Das geht ja nun gar nicht anders. Aber durch das individualisierte Lernen ist es so, dass die Kinder an ihren individuellen Stärken anknüpfen und sich in ihrem Lerntempo nach ihrem Vermögen

weiterentwickeln und auch da durch die Heterogenität gar nicht in die Versuchung kommen, sich gegenseitig zu messen, weil sie wissen: Jeder kann was anderes gut und jeder arbeitet an seinen Sachen. Die grundlegend anderen Konzepte haben wir umgesetzt mit den Lernhäusern. Wir sind eine kleine Schule mit 350 Kindern und haben diese kleine Schule nochmal in vier Lernhäuser, in vier kleine Schulen unterteilt, oder Compartments, sagt man auch, oder Clusterschule, wie wir eben gehört haben. Und in jedem Lernhaus sind vier Klassen, zwei Klassen eins bis drei, zwei Klassen vier bis sechs, und ein festes Team, ein multiprofessionelles, festes Team. Denn alle Erwachsenen, alle Pädagogen, die wir haben, sind einem Lernhaus zugeordnet. Die Kinder werden im Lernhaus eingeschult und bleiben dort von der ersten bis zur sechsten Klasse, und durch den gemeinsamen Projektunterricht, den wir mit den Lernhäusern als anderes Konzept von Unterricht miteingebaut haben, arbeiten alle Kinder in einem Lernhaus mit allen Erwachsenen zusammen. Also auch die Nebeneffekte, dass die Übergänge reibungsloser gehen von der Klasse drei in die Klasse vier bis sechs, die sehen wir da alle ganz deutlich dadurch, dass alle sich kennen. Der Projektunterricht macht ein Drittel unseres Unterrichts aus, also ein Drittel ist der individualisierte Unterricht nach Lernwegen. Dann haben wir den Fachunterricht und dann haben wir ein Drittel, mit acht Stunden in der Woche, Projektunterricht, der täglich stattfindet. Der Anspruch ist, dass er fächerübergreifend ist, handlungsorientiert und partizipativ. Und wir haben in unserem Konzept auch temporäre Lerngruppen als die Antwort auch für Inklusion über die Jahre mit eingebaut und aufgebaut. Und in diesem Projektband, was täglich ist, ist aber ganz klar, dass zu diesem Zeitpunkt keine temporäre Lerngruppe, keine Förderung, nichts stattfindet, weil das gerade die Art von Unterricht ist, handlungsorientiert, in dem wir alle Kinder erreichen. Das wird auch ganz deutlich und auch in dieser Projektarbeit werden teilweise – da ist es in den Projekten unterschiedlich – die Kinder von Klasse eins bis sechs gemischt. Da wird es einem so deutlich, dass man da nicht unterscheiden muss nach Jahrgängen oder was auch immer, sondern je nach Thema kann jeder sich entsprechend seiner Kompetenzen dort einbringen.

Und zu den temporären Lerngruppen kannst Du



noch mal was sagen.

Gaby Plachy (Havelmüller-Schule Berlin-Reinickendorf): Ja. Mir wäre noch wichtig der Hinweis, dass wir den Anspruch haben, dass wir uns nicht daran messen lassen wollen, wie viele Kinder aufs Gymnasium gehen nach Klasse sechs, sondern dass wir sagen: Alle unsere Kinder haben so viel Selbstkompetenz und so viel Selbstsicherheit erworben im Laufe der Zeit bei uns, dass sie wahrscheinlich gut ihre weitere Lernbiografie gestalten können. Also die Grundlagen sind gelegt. Dazu gehören letztendlich auch schon vorab Kooperationen mit den Kitas und viele andere Dinge mehr. Dass wir trotzdem temporäre Lerngruppen haben neben unserem Unterricht, parallel zum Unterricht, zum Beispiel für Kinder, die den Status geistige Entwicklung haben, oder ein Vorzeigeprojekt bei uns ist immer das für die Kinder mit emotionalen, sozialen Handicaps, die werden quasi aus den Klassen herausgezogen, aber möglichst nicht so, dass sie sich selektiert fühlen oder dass sie sich schlecht fühlen dabei, sondern sie dürfen einmal im Monat ein Kind mitbringen. Die Kinder sind ganz wild auf diese Gruppe und es sind absolut personell extrem gut ausgestattet. Es sind fünf Kinder, es sind manchmal drei Erwachsene und es ist unser Schulhund mit drin, also die arbeiten an Resilienzfaktoren. Da spielt das soziale Lernen, das an unserer Schule sowieso auch eine große Rolle spielt, eine ganz große Rolle. Das ist ein extremer Schwerpunkt, diese Gruppe und manchmal, sie sind jeden Tag zwei Stunden da und manchmal sind sie bis zu zwei Jahren in der Gruppe, und gehen dann zurück in ihre Stammklassen. Vorher aber auch, denn sie sind ja nur zwei Stunden am Tag da. Dasselbe Konstrukt, aber bei Kindern mit geistiger Entwicklung, da sind es einfach lebenspraktische Dinge, die gemacht werden. Dann haben wir noch andere Gruppen, die wir aber nie als Fördergruppen bezeichnen würden, weil unser Anspruch ist, nicht etwas an irgendein Mittelmaß ranzufördern, sondern zu gucken, wie werden wir hier unterstützend tätig für die Kinder. Das funktioniert über die Jahre extrem gut. Und dass viele Dinge besprochen werden, liegt einfach an den Teamstrukturen, dass gesagt wird, wer, wann, wie wird eigentlich entschieden, welches Kind in die Gruppe geht. Das braucht Kriterien, die haben wir aufgebaut über die Jahre. Das sind einfach alles Gelingensfaktoren für dafür,

sich dann letztendlich auch inklusive Schule nennen zu dürfen.

Julie Neumann (Havelmüller-Schule Berlin-Reinickendorf): Und die Teilnahme an den temporären Lerngruppen hängt auch nicht am Status. Wir haben Kinder mit einem bestimmten Status, die in der Stammklasse gut aufgehoben sind, die da an den Lernwegen individualisiert arbeiten können. Und wir haben auch Kinder ohne Status, vor allen Dingen auch bei uns, die in die temporäre Lerngruppe gehen, weil sie es einfach brauchen

Gaby Plachy (Havelmüller-Schule Berlin-Reinickendorf): Und genießen. Tatsächlich. Ja, das war im Wesentlichen, glaube ich, die Struktur unserer Schule.

Der Vorsitzende: Dann vielen Dank auch an Sie beide für die Ausführung.

Und jetzt würden wir zum Dritten einmal zu Herrn Klockow kommen.

Matthias Klockow (Die Heilsarmee - Kindertagesstätte „Volltreffer“): Ja, auch von mir erstmal vielen Dank, dass ich hier eingeladen wurde zu dieser Sitzung.

Die Kita „Volltreffer“ der Heilsarmee ist eine Einrichtung, wie gesagt, der Heilsarmee seit 35 Jahren, ich sage, im gutbürgerlichen Friedenau angesiedelt. Wir sind inzwischen ein Team von elf Kollegen in der pädagogischen Arbeit, wovon drei Kollegen speziell auch Fachkräfte für Integration, Inklusion sind. Wir haben zusätzlich auch eine Fachkraft, die im Bereich der Psychomotorik ausgebildet ist, und da wir auch im Landesprogramm Sprache gelistet sind, auch eine Spracherzieherin. Das gibt uns die Möglichkeiten, die Kinder, die zu uns kommen, entsprechend aufzunehmen in ihren Stärken und in ihren Herausforderungen. Wir haben normalerweise, würde man jetzt sagen, am Standort Friedenau - gutbürgerlich hat man sicherlich weniger mit sozialen Herausforderungen zu tun, sondern vielleicht eher mit den, ich sag



mal, Eltern, die sehr viel intensiver in die pädagogische Arbeit Einfluss nehmen wollen. Was wir aber beobachten mit den Partnern, mit denen wir unterwegs sind, also Jugendamt mit dem entsprechenden jugendpsychologischen Dienst oder mit den entsprechenden Kinderärzten, auch mit Logo- und Ergotherapeuten, dass die Fallzahlen der Kinder, die Herausforderungen mitbringen in die Einrichtung, zunehmen. Wir merken, dass allein aus Corona heraus im Krippenbereich sowohl die Kinder als auch die Eltern, also der ganze Familienverbund, sehr viel verunsicherter ist als in früheren Jahren. Und dass wir aus dieser Verunsicherung heraus auch häufiger in Diskussionen gehen mit den Eltern, was wir an Auffälligkeiten merken, weil die Eltern eben diesen sozialen Kontext in diesen Jahren vorher nicht hatten. Das führt durchaus auch zur Diskussion in der pädagogischen Arbeit. Und hier haben wir durch den heilpädagogischen Fachdienst, also wir nennen das die Kiebitze bei uns in Berlin, eine gute Unterstützung, die uns zusätzlich auch eine Möglichkeit gibt, ein Mittler zu sein zwischen Eltern, Erziehern und Kindern, um letzten Endes hier auch die entsprechende Fördermöglichkeiten für die Kinder herbeizuführen. Nichtsdestotrotz merken auch wir, dass die Zunahme der Kinder mit Auffälligkeiten, sei es die Klassiker ADHS oder Autismus oder eben insbesondere auch soziale emotionale Störungen oder Auffälligkeiten, nicht zwingend immer zu einem Status, also zu einem erhöhten oder wesentlich erhöhten Förderstatus führen, sondern eben auch tatsächlich Eltern nicht unbedingt bereit sind, diesen Weg mit uns zu gehen. Aber wir haben sie ja trotzdem in der Einrichtung und müssen hier gemeinsam Wege finden, wie wir mit diesen Kindern eine gute Zeit in der Kita gestalten. Und das ist dann, da sind wir wieder beim Thema Schule und Übergangsschule, die Herausforderung, mit Schulen ins Gespräch zu kommen, wie wir hier den Übergang in die Schule und auch die weitere Schullaufbahn gut gestalten können. Da wünschte ich mir mehr Zusammenarbeit von den Schulen, das muss man ganz klar sagen. Da ist aus unserer Sicht Potenzial, nicht nur mit den Schulen, sondern auch mit den Tagesbetreuungen, also mit den Horten im Nachgang, damit wir gemeinsam auch da diesen Übergang gut gestalten können und letzten Endes auch die Schullaufbahn erfolgreich mit den Dingen unterstützen können, die wir in den Jahren – und wir

sind ja nun mal der erste Anlaufpunkt im System Bildung bei uns in der Bundesrepublik – die Erfahrungen, die wir mit den Kindern an der Stelle gemacht haben. Ich wünschte mir an der Stelle nicht nur die Weiterführung zusammen mit den Schulen, sondern auch im Vorfeld im Rahmen der Ausbildung der Erzieher eine viel stärkere Hinwendung zu Inklusion, Integration, dass das viel stärker in die Ausbildung eingebunden wird. Ich selbst habe es so erlebt und habe es sehr als gut empfunden, auch in der Ausbildung schon ein Stück weit bewerten zu können oder auch annehmen zu können, mit welchen Fällen oder mit welchen Situationen man vor Ort arbeiten darf. Wir haben ja nun mal den Fachkräftemangel auch im erzieherischen Bereich, da ist ein Auszubildender auch schon viel stärker in die praktische pädagogische Arbeit eingebunden, und da ist es dann auch gut, wenn man in der Richtung entsprechend mehr an Informationen mit einer dualen Ausbildung mitbekommt, um letzten Endes hier auch unterstützen zu können.

Ich erlebe es jetzt in meiner Einrichtung tatsächlich, dass die Auszubildenden, die wir haben, durch die gute und breite Unterstützung, die wir im Team haben, unsere Erzieher sehr viel schneller mit den Kindern, die ihre Herausforderungen mit zu uns bringen, unterstützen können in der praktischen Arbeit und manchmal auch noch mal einen ganz anderen Zugang zu diesen Kindern haben, der ihnen gemeinsam und auch dem Team noch mal ganz andere Möglichkeiten im Alltag zur Verfügung stellen.

Ich habe gesagt: Zusammenarbeit mit Schulen. Ich habe gesagt: Die Situation, dass wir in der Ausbildung mehr tun sollten. Ein dritter Punkt, der mir rein praktisch aufgefallen ist: Wir hatten Kontakt zu einer Ergotherapeutin, die zu uns in die Einrichtung kommen wollte und Kinder mit entsprechendem Förderbedarf mit entsprechenden Verordnungen auch vor Ort unterstützt hätte. Das setzt aber tatsächlich in der aktuellen Situation in Berlin voraus, dass die Kinder einen Förderstatus haben. Nun ist Logopädie und Ergotherapie nicht unbedingt etwas, was mit einem Förderstatus verbunden sein muss, was aber letzten Endes in der Kita gut geleistet werden könnte als Unterstützung und Kombination in der Betreuung vor Ort. Und



wir merken ja, dass die Kinder auch hier erhöhte Förderbedarfe haben und letzten Endes auch, dass, wenn man wieder in Richtung Familie denkt, Familien meistens, gerade nachmittags, nicht unbedingt die Möglichkeit haben, das mit den Kindern zu machen. Und vormittags haben die Ergo- und Logotherapeuten meistens die freien Termine, sodass wir dann letzten Endes Kinder haben, die im Laufe des Tages in der Betreuung und tatsächlich auch im Tagesablauf spät kommen, fehlen oder früher gehen müssen, was natürlich den Tagesablauf für die Kinder insgesamt auch behindert beziehungsweise negativ beeinflusst.

Ja, das sind meine Wünsche an der Stelle. Ein paar Worte zu unserer Einrichtung habe ich gesagt und ich glaube, ich bin innerhalb der zehn Minuten geblieben.

Der **Vorsitzende**: Ja, auch Ihnen herzlichen Dank. Und dann kommen wir abschließend bei den Vorträgen zu Herrn Viehoff.

Andreas Viehoff: Ja, zunächst mal herzlichen Dank für die freundliche Einladung, hier in die Kinderkommission in Berlin. Ich möchte vorweg sagen: Ich werde vom Blatt ablesen, und zwar deshalb, weil sehr viele Fragen gestellt wurden, und die zu beantworten in zehn Minuten ist etwas schwierig und deshalb habe ich versucht, es wirklich zu Papier zu bringen, um möglichst alle Faktoren, die Sie an mich, die Fragen, die Sie an mich gestellt haben, auch beantworten zu dürfen

Zunächst mal zu mir: Meine Ausbildung habe ich als Förderschullehrer mit dem Schwerpunkt Lernen absolviert. Unterrichtet habe ich an Förderschulen mit den Schwerpunkt Sprache und geistige Entwicklung in Niedersachsen. Bis zu meiner Pensionierung leitete ich 25 Jahre lang in Folge zwei Förderschulen im Bereich Osnabrück. Aktuell bin ich noch heute in einer Weiterbildungsmaßnahme von Heilpädagoginnen und Heilerziehungspflegerinnen im Schwerpunkt Didaktik und Methodik unterwegs.

Ich hatte das Glück, an der ersten von mir übernommenen Leitung einer Förderschule ein eigenes Förderkonzept entwickeln zu dürfen. In diesem Rahmen entstand eine Fusion mit zwei Grundschulen und einem Schulkindergarten. Mit einem eigens für dieses Schulmodell verfassten Erlass wurde damals ein Grundschulförderbereich gebildet, der eine sonderpädagogische Überprüfung überflüssig machte. Kinder aus acht Nachbargrundschulen konnten diese Schwerpunktschule anwählen. Eine Definition eines Förderschwerpunktes bei den Kindern war sekundär. Und in der zweiten Förderschule habe ich eine Sekundarschule mit dem Schwerpunkt Lernen geleitet und ein Förderzentrum im Rahmen der inklusiven Beschulung verwaltet. Schwerpunkt der Förderschule war ein Berufsorientierungskonzept von der siebten bis zur zehnten Klasse, welches als Ergebnis zeigte, dass jedes Jahr mehr als 70 Prozent der entlassenen Schülerinnen und Schüler einen regulären Hauptschulabschluss erwarben und nach dem Schulbesuch in eine gesicherte Ausbildungsstelle überwechselten. Der Vorteil der Beschulung in einer Förderschule beziehungsweise Einrichtung ist zweifelsohne darin zu sehen, dass diese Schulart Möglichkeiten hat, die das allgemeine Schulsystem in dieser Form nicht anbieten kann. Diese sind, ich lese sie vor: Kleine Schulen, kleine Klassen, eine überschaubare Größe der Schule, was vor allem bei Konflikten zwischen Schülerinnen und Schülern sehr große Vorteile mit sich bringt, ein durchgängiges Unterrichten durch sonderpädagogisches Fachpersonal, eine individualisierte und vor allem verlässliche Förderung in den schulischen Basisbereichen, einen fairen Leistungsvergleich innerhalb der Klassen und damit Vermittlung von Erfolgserlebnissen und dadurch Stärkung des Selbstbewusstseins, permanente Unterstützung durch Schulsozialarbeit, jederzeit aktive Beratung und Möglichkeit einer Betreuung der Erziehungsberechtigten, ein Eingebundensein in ein auf die Kinder und deren Familie bezogenes Netzwerksystem, wozu neben den Erziehungsberechtigten vor allen Dingen soziale Einrichtungen wie Jugend- und Sozialämter, Einrichtungen der Jugendhilfe, aber auch Jugendgerichtshilfe, Polizei, Staatsanwaltschaft, Kinderärzte und Kinderpsychiater gehören. Und als letztes: ein Berufsorientierungsnetz, in dem unter anderem Betriebe, berufsbildende Schulen, Einrich-



tungen des Bildungswerkes, das System der Berufsberatung und eine enge Betreuung der Berufspraktika eingebunden sind. Aus diesen Faktoren ergeben sich für die Schülerinnen und Schüler individuelle Zuschnitte für eine spätere Inklusion in die Arbeit und Lebenswelt unserer Gesellschaft. Inklusion sollte laut UNO-Behindertenkonvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung in seiner Gesamtheit betrachtet werden, die wie folgt aussieht: Es ist erkennbar, dass die Mammutaufgabe der Inklusion auf vielen Schultern lastet und nicht in einem Lebensbereich, hier Schule, allein realisiert werden kann.

Das heißt also Inklusion, das ist jetzt anzumerken, ist ein Leben lang. Schule ist ein kleiner Teil, den wir herausgreifen und den wir heute in der Öffentlichkeit in den Fokus gestellt haben. Inklusion im Schulsystem gerät in eine Sackgasse, wenn die Berufswelt dieses Denkschema nicht übernimmt. Diese wiederum kann es nur dann aufgreifen, wenn Schulen und Betriebe voneinander wissen, Ressentiments abbauen und dann zusammenarbeiten. Nicht zuletzt die Misere des Fachkräftemangels motiviert immer mehr Wirtschaftsunternehmen, sich dem Problem der Teilhabe von Menschen mit Behinderung zu öffnen. Voraussetzung dafür ist es also, die Jugendlichen frühzeitig an die Hand zu nehmen und langfristig und behutsam in die Berufswelt einzuführen. Dazu muss man viel mehr über die Jugendlichen wissen und Vertrauen zu ihnen aufbauen, was nur durch eine intensive Beziehungsarbeit erreicht werden kann. Ich denke, das ist Konsens der gesamten Gruppe, die hier sitzt.

Neben den genannten Vorteilen des Systems Förderschule ist jedoch nicht von der Hand zu weisen, dass es in dieser Schulart auch nachteilige Faktoren gibt. Diese sind: Ausgrenzung aus dem allgemeinen Schulleben und möglicherweise damit verbunden auch aus dem privaten sozialen Umfeld. Keine Möglichkeit der Umsetzung des Prinzips Lernen unter einem Dach und damit Verhinderung des gemeinsamen Lernens. Inhaltliche Angebotsreduzierung aufgrund des kleinen Systems, bürokratische Hürden, wenn der sonderpädagogischen Förderbedarf aufgehoben werden kann, da dieses mit einem Schulwechsel verbun-

den ist. Größere Förderschwierigkeiten bei Leistungsproblemen, gefühlte Abstempelung als Förderschülerinnen oder Förderschüler. Diese sind gewichtige Gründe, die man als Vertreter der Förderschule nicht übersehen darf. Darum ist deutlich zu konstatieren, dass eine gut umgesetzte, inklusiv arbeitende, allgemeine Schule für viele Kinder eine hervorragende schulische und vor allem soziale Alternative ist. Wenn diese noch auf die formale Festlegung eines sonderpädagogischen Förderbedarfs verzichten könnte, wäre der Gedanke, kein Kind zu etikettieren, erfolgreich umgesetzt. Voraussetzung dazu sind selbstverständlich die entsprechenden sonderpädagogischen Lehrerressourcen und eine intelligente Verteilung der Förderschulstunden.

Das deutsche Schulportal der Robert Bosch Stiftung hat unter der Überschrift „Inklusion in der Schule - wie die Umsetzung in Deutschland gelingt“ am 7. April 2024 massive Kritik an der Umsetzung der Inklusion in unserem Land veröffentlicht. Auf diese Studie möchte ich, verbunden mit Zahlen des Landes Niedersachsen, aus dem ich komme, mit einigen Anmerkungen eingehen. Zunächst Förderquote - Vom Jahr 2000 bis 2019 ist die Zahl der diagnostizierten Förderschülerinnen und -schüler bundesweit von 5,4 Prozent auf 7,9 Prozent gestiegen. Niedersachsen war das Land, welches am wenigsten überprüfte Kinder im System hatte, nämlich 3,9 Prozent und weist heute 7,5 Prozent auf. Ich glaube, einige aus Niedersachsen sind noch hier anwesend oder einige, die in Niedersachsen wohnen. Ich glaube, Frau Fester kommt da her. Inklusion, das heißt, dass sich die Forderung zu Eigen zu machen, möglichst keinem Kind mehr den Status „Förderkind“ zu attestieren, und so ist die Inklusion mal angetreten: Wir wollen kein Kind mehr etikettieren. Das hat sich umgekehrt. In Niedersachsen hat sich die Überprüfungsquote fast verdoppelt. Zweitens, Inklusionsquote. Die Inklusionsquote ist von 0,7 Prozent im Jahr 2000 auf 3,4 Prozent bundesweit gestiegen, was im Umkehrschluss bedeutet, dass 4,5 Prozent der Förderschulkinder weiterhin eine Förderschule besuchen. Dieser Wert übersteigt die Gesamtheit aller Förderschulkinder des Landes Niedersachsens des Jahres 2000. Daraus könnte man schließen, dass mit Einführung der Inklusion die allgemeinen Schulen Interesse an ei-



ner hohen Überprüfungsquote haben, um möglicherweise personelle Vorteile daraus ziehen zu können. Inklusive Beschulung nach Schularten: Grundschulen inkludieren mit 42 Prozent bundesweit am meisten Förderkinder. In der Grundschule sind es die meisten, gefolgt von Gesamtschulsystemen, integrierte Gesamtschulen oder andere Schulen mit mehreren Bildungsgängen, die mit, wenn man sie addiert, 38 Prozent zu Buche stehen. Die Grundschulquote ist nicht verwunderlich, da der Schwerpunkt Lernen in den meisten Bundesländern, zum Beispiel Hamburg, Bremen, Niedersachsen, nur noch eine inklusive Schule ermöglicht und somit kein Wahlrecht mehr gewährt wird. Die Studie zeigt für die Umsetzung der Inklusion sehr ernüchternde Ergebnisse. Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf stehen heute in der Gefahr, im Rahmen einer formell inklusiven Gruppe eine eigene Gruppe zu bilden, die in diesem System exkludiert werden. Niedersachsen werden momentan lediglich zehn Prozent der sonderpädagogischen Förderung in Sekundarschulen durch Förderschullehrkräfte abgedeckt, also vom Erlass weggegangen nur zehn Prozent werden tatsächlich durch Förderschullehrkräfte hier abgedeckt. In 90 Prozent der Fälle müssen die Lehrkräfte der allgemeinen Schulen diese Stunden fachfremd abdecken. Diese Stunden werden aber häufig in anderen Bereichen eingesetzt und werden nicht für die Förderarbeit am überprüften Kind verwendet.

Welche grundsätzlichen Gefahren ergeben sich aus dem aktuellen Stand der Inklusionsumsetzung? Im allgemeinen Schulsystem stehen Kinder und Jugendliche auch wegen mangelnder sonderpädagogischer Begleitung zunehmend mehr unter dem Druck des Versagens. Dieses führt zu enormen Spannungen in Klassen, Gruppen und Schulen, was vermehrt bei Kindern zu einer sozialen Emigration, Frustration und Traurigkeit, aber auch zu massiven Aggressionen führen kann, bis hin zu psychisch pathologischen Erkrankungen, da ihnen täglich vor Augen gehalten wird, was sie nicht leisten können. Daran zeigt sich deutlich, dass jedes Kind durch Erfolge motiviert wird. Misserfolge jedoch senken das für unser Leben so wichtige Selbstbewusstsein. Hierauf muss jedes Schulsystem reagieren. Im Primarstufenbereich ist das Auffangen von psychischen Veränderungen noch

am ehesten möglich, weil hier individuelle, erfolgsorientierte Lernangebote in Form von Binnen- und Außendifferenzierung, aber auch durch das Lernangebot vorhanden sind. Wir haben es ja eben gerade gehört. In Niedersachsen haben zudem die Grundschulen eine verbindlich zugesagte Grundversorgung in Form eines verbrieften Stundenbudgets von Förderschulkräften. Darüber hinaus bedarf es aber auch hier außergewöhnlicher pädagogischer Fähigkeiten und einer intensiven Begleitarbeit der Lehrenden. In den Sekundarschulen ist dieses kaum bis gar nicht mehr gewährleistet. Die Aufgabe einer gemeinsamen Bildung wird immer schwieriger, da die Kluft zwischen Theorie und Praxis und die Grenzen des Prinzips vom Konkreten zum Abstrakten von Schuljahr zu Schuljahr größer werden und außerdem die gesellschaftlichen Einflüsse auf die lebens- und berufsorientierten Bedarfe immer spezifischer und fordernder werden. Hier ein differenziertes Unterrichtssystem aufrecht zu erhalten, das allen gerecht wird, ist eine enorme Anstrengung, die vielerorts als Überforderung wahrgenommen wird. Einen Königsweg gibt es wohl nicht. Zitat: „Jeder Mensch soll die Hilfe und Unterstützung bekommen, die er braucht. Jeder kann über sich und sein Leben selbst bestimmen.“ Das ist aus der Konvention. Dies sind Aussagen aus der Menschenrechtskommission. Sie schließen damit den Besuch von Förderschulen nicht aus. In vielen dieser Sondereinrichtungen, vor allem im Bereich des Förderschwerpunkts Lernen und emotionale Entwicklung, steht die Bewältigung extremer Lebenslagen von Jugendlichen im Vordergrund. Hierzu bedarf es einer Person, die zu den Jugendlichen eine wohlwollende, sensible, intensive Beziehung aufbaut. Das Schulleben ist hier häufig bestimmt von Konfliktgesprächen, Erziehungsberatung oder Hilfeplangesprächen.

Gestatten Sie mir noch einige kurze Aussagen zu den momentan brisanten Diskussionspunkten in Niedersachsen zum Thema Inklusion versus Förderschule, die nachdenklich machen und sicherlich auch auf viele andere Bundesländer übertragbar sind. Erstens: Offizielle Abschlüsse an Förderschulen werden im Bundesland Niedersachsen statistisch als Schulabbrecher registriert. Diese mangelnde Würdigung fließt in jede Statistik ein und ist sowohl pädagogisch, psychologisch als auch wissenschaftlich unredlich. Zweitens: Die



Jugendlichen im schulübergreifenden System wie Gesamtschulen, Oberschulen oder Sekundarschulen, die keinen Schulabschluss erhalten, haben sich laut Statistik des Kultusministeriums in Niedersachsen von 2012 bis heute verdoppelt. In kleinen Schulsystemen wie Förderschule, Lern- und Hauptschule sind sie jedoch jedes Jahr kontinuierlich zurückgegangen. Drittens: Die Förderschule für geistige Entwicklung hat sich in Niedersachsen im Vergleich zum Jahr 2000 bis heute verdreifacht. Hier werden mittlerweile in hohem Maße Kinder beschult, die früher im Bereich Lernen zu finden waren. Die Sorgen und Ängste der Erziehungsberechtigten sind so groß, dass sie ihre Kinder lieber in eine Förderschule für geistige Entwicklung beschulen lassen als in einer allgemeinen inklusiven Schule. Dadurch erhoffen sie sich, ihren Kindern einen Leidensdruck zu ersparen. Das Curriculum einer Förderschule für geistige Entwicklung bietet jedoch weder einen Hauptschul- noch einen Förderschulabschluss Lernen an, sodass diese Jugendlichen keine Chance mehr haben, die nächste Stufe der Inklusion im Bereich Arbeit erreichen zu können. Dadurch werden sie gesellschaftlich exkludiert, und zwar lebenslang. Dieses halte ich für skandalös.

Zum Schluss führe ich kurz auf, wie Bundesländer momentan das Förderschulsystem neben der inklusiven Beschulung organisieren. Hierzu eine Übersicht der Strukturen der sonderpädagogischen Förderung. Es ist erkennbar, dass die meisten Bundesländer an den traditionellen Förderschulen, an der traditionellen Förderschullandschaft festhalten. Lediglich Hamburg, Bremen, Niedersachsen und vermutlich bald auch Brandenburg haben im Bereich Lernen das Schulförderkonzept aufgelöst oder lösen es auf. In Hamburg, Bremen und Mecklenburg-Vorpommern gibt es keine Förderschulen Sprache mehr, in Hamburg auch keine im Förderbereich ESE, emotionale soziale Entwicklung. Neue strukturelle Ansätze sind Schwerpunktschulen für einen Förderbereich in allgemeinen Schulen, zum Beispiel Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Brandenburg oder in Bayern eine Zusammenfassung von Schulen mit dem Förderschwerpunkt Lernen, Sprache und emotionale soziale Entwicklung zu einem Förderzentrum. Egal, wie sich die Landschaft der Förderpädagogik und die Umsetzung der Inklusion weiterentwickeln wird, sollte eines

sehr ernst genommen werden: Die Umsetzung der Inklusion als humanistisches Grundprinzip ist notwendig und muss in jeder Lebenslage respektiert werden. Für jeden einzelnen Menschen muss eine optimale Förderung gewährleistet sein. Die Idee der Inklusion darf aber kein unflexibles, doktrinäres Grundprinzip sein oder gar als Ideologie manifestiert werden. Inklusion als Ideologie wird immer mit inhaltlichen Verkürzungen einhergehen. Sie steht dann in der Gefahr, die Menschen, vor allem die Kinder und deren Erziehungsberechtigte, nicht mitzunehmen. Schönen Dank!

Der Vorsitzende: Ja, vielen Dank auch an Sie, Herrn Viehoff, für Ihren Vortrag.

Und dann würden wir jetzt zur Fragestunde kommen. Ich gucke einmal nach links. Fragestunde - Fragerunde. Entschuldigung. So viel Zeit haben wir auch gar nicht mehr, dass wir auf eine Stunde kommen. Und ich schaue mal, wer beginnen möchte. Ja, Paul Lehrieder.

Abg. Paul Lehrieder (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Jetzt bin ich genauso schlau wie vorher. Ich hatte ja gehofft, dass ich für meine Fragen hier von Ihnen eine Antwort bekommen könnte.

Und zwar geht es um Folgendes: Ich war vor wenigen Jahren beim Sommerfest bei der Karl-Kroiß-Schule, eine Schule, spezifiziert auf Kinder mit Hörschäden, mit Hörbehinderungen. Und da hat mir eine Mutter ganz aufgelöst beim Sommerfest gesagt: Sie ist so froh, dass ihr Kind hier mit speziellem Förderbedarf hier an dieser fachlich ausgerichteten Schule für Hörbehinderung unterrichtet werden kann. Es würde in einer allgemeinbildenden, normalen Schule, mit Verlaub, fast untergehen beziehungsweise vielleicht gehänselt werden oder natürlich, bei aller Inklusion, vielleicht nicht mitkommen. Für mich ist immer noch nicht ganz ersichtlich, wie die Zukunft unserer Schullandschaft aussehen wird. Ich bin Ihnen dankbar, Herr Viehoff, dass Sie am Schluss noch gesagt haben: Jawohl, Inklusion, soweit es geht, aber irgendwo ist auch vielleicht die Grenze der Inklusion, wenn ich dem Kind nicht mehr gerecht werde oder den Eltern nicht mehr gerecht werde,



wenn das Kind ein Stück weit auf der Strecke bleibt. Und wir bauen derzeit bei mir in meiner Heimatgemeinde vom Kreistag Würzburg eine neue Förderschule. Da fragst du dich immer: Ist es richtig? Sollte man nicht eine allgemeinbildende Schule bauen? Wir machen doch alle Inklusion. Und wenn ich an den Hubert Hüppe bei uns in der Fraktion denke, der sagt: Förderschulen alle abschaffen, muss alles Inklusion sein. Ich bin der Auffassung, wir müssen das schon sehr differenziert betrachten und aufpassen, wie gesagt, immer vom Kind aus zu denken, was wird dem Kind am ehesten gerecht? Ich glaube, dass viele Kinder, egal welche Form von besonderem Förderbedarf, ich will es nicht als Behinderung bezeichnen, sie haben, in vielen allgemeinbildenden Schulen möglicherweise mehr Schwierigkeiten haben als in spezifizierten Förderschulen. Aber ich bin Ihnen dankbar für die Negativliste, dass man sagt, musst du von deiner bisherigen Schule weg, von deinem Wohnumfeld musst du weiterfahren in die Förderschule und du wirst ein Stück weit stigmatisiert, wirst ein bisschen ausgegrenzt. Aber die Frage wird sein: Was wiegt mehr für die Kinder? Natürlich, wie Sie ja zum Schluss ausgeführt haben, selbstbewusst ihren Erfolg im Bildungssystem zu erreichen oder dauernd gegen Windmühlen zu kämpfen und mit den nicht gehandicapten Schülern im Wettstreit irgendwann unterzugehen, zumindest emotional unterzugehen. Und von daher, die Programme, das, was sie am Anfang auch ausgeführt haben, die Lernhäuser, leistungsorientiertes Bildungssystem, temporäre Lerngruppen, wer auch immer das macht - Vielleicht gibt es irgendwo eine Mischung, dass wir in manchen Schulen ein Stück weit mehr in Richtung auch temporäre Lerngruppen vielleicht gehen können. Aber wir werden - Ich war selber jahrelang als Bürgermeister Hauptschulverbandsvorsitzender. Du wirst nicht hergehen können und Inklusionschleifen in alle Klassenräume reinbauen können. Wir haben die Klassenräume so ausgelegt, dass man für ein rollstuhlgerechtes Klassenzimmer auf jeden Fall bereit gewesen wäre. Aber das wird finanziell ein Stück weit von weder von den Kommunen noch von den Ländern zu wuppen sein, dass wir alle Schulen als Förderschulen machen können. Und, ich glaube, wir werden trotzdem auch in Zukunft noch einen Teil Schwerpunktschulen als Förderschulen brauchen. Aber welche

Erfahrungen Sie haben, wie Sie die Zukunft unseres Bildungssystems sehen?

Der **Vorsitzende**: Herr Viehoff hat sich schon gemeldet.

Andreas Viehoff: In dem Schulsystem, was wir in Deutschland haben, gibt es, nach meinem Ermessen, eigentlich eine Möglichkeit. Die haben wir im Osnabrücker Raum auch gemacht im Bereich Sprache. Im Moment ist es in Niedersachsen so, dass die Stunden der Förderpädagogen verteilt werden auf alle Schulen. Das führt dazu, dass in den einzelnen Schulen relativ wenige Stunden ankommen. Wir haben in Gellenbeck, das ist ein Ort bei Osnabrück, eine Schwerpunktschule Sprache aufgebaut. Wenn wir uns arrangieren könnten mit der Idee, Schwerpunktschulen, ein System der Schwerpunktschulen, in unser Schulsystem einzubauen, glaube ich, könnten wir dort professioneller arbeiten. Das heißt, wir könnten die Stunden dort konzentrieren. Wir könnten Kindern die Möglichkeit geben, auch in einzelnen Gruppen, in ihren Gruppen, zu arbeiten, aber auch mit der Grundschule oder mit der weiterführenden Schule zu arbeiten. Diese Möglichkeit hätten wir bei Schwerpunktschulen und wir könnten natürlich, damit käme man auch einem Bürgermeister oder Oberbürgermeister natürlich entgegen, auch möglicherweise ein Equipment nur für diese Schulen, für den speziellen Bereich Hören oder körperlich-motorische Ebenen aufbauen. Man könnte das gesamte Sonderschulsystem eigentlich abbauen, wenn die allgemeinen Schulen bereit wären, und zwar von der Grundschule oder eigentlich noch davor, bis zum Gymnasium, wenn sie bereit wären, sich als Schwerpunktschule zu definieren.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Herr Tyrychter.

Wolfgang Tyrychter (Dominikus-Ringeisen-Werk): Nur auch als Hinweis aus der ganzen Diskussion: Ihnen ist das sicher sehr bekannt, aber die Musik, das haben wir jetzt auch gemerkt, spielt sehr in den Ländern, was die Länder schulrechtlich für einen Rahmen herstellen. Also aus Bayern betrachtet findet man das faszinierend, dass die Grundschule sechs Jahre umfassen kann und dass



ich jahrgangsstufenübergreifend Lerngruppen bilden kann. Undenkbar. Ja, dann die Rahmenbedingungen, dass Sie, wenn ich Sie richtig verstanden habe, eine Lehrkraft und eine Erzieherin in einem Team zusammenspannen können, in Lerngruppen, das muss schulrechtlich überhaupt vorgesehen sein. Da gibt es einen Förderbescheid - als Bürgermeister wissen Sie das, oder als Schulverbandsvorsitzender - wenn die zuständige Regierung von Unterfranken das nicht zulassen kann, dann gibt es diese personelle Ausstattung nicht. Und das ist, glaube ich, ganz, ganz wichtig, wenn wir über inklusive Schulentwicklung sprechen. Die Musik steckt in den Schulgesetzen der Länder.

Der **Vorsitzende**: Okay, als nächstes hat sich Herr Bollmann zu Wort gemeldet.

Abg. **Gereon Bollmann** (AfD): Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. Sie haben das so ein bisschen angedeutet, Herr Tyrychter: Zumindest bei mir ist es so, man hat natürlich als Nicht-Pädagoge den Gesamtüberblick über alle Bundesländer nicht, sondern nimmt erst mal so den Eindruck aus dem Heimatbundesland mit und ich komme aus Schleswig-Holstein. Und ich habe vorhin recht gut zugehört bei dem Kollegen Viehoff, der die Vorteile dargestellt hat des Förderschulprinzips. Und da schien mir, das ist eine Frage jetzt, ob das richtig ist, als Vorteil nicht aufgeführt zu sein, der ja generell bessere Personalschlüssel - jedenfalls habe ich den Eindruck, dass das in Schleswig-Holstein so ist - und wenn wir pro Kind mehr pädagogisches Personal haben, anteilig jedenfalls, spricht es ja allein schon für die bessere Qualität. Ich komme aus einer kleineren Mittelstadt, also 25 000 Einwohner, kreisangehörige Stadt im Zentrum Schleswig-Holsteins. Und da gibt es eine Förderschule und die ist mit allem sehr, sehr gut ausgestattet. Da sind ja auch die außerstaatlichen Hilfsorganisationen, die sehr, sehr viel sich engagieren und sehr viel Geld reingeben auch, und dann auch ein sehr, sehr gutes pädagogisches Schulangebot in dieser Stadt. Nun habe ich den Eindruck gewonnen, dass das in der Tat, weil wir ja in den letzten Jahren mehr und mehr dieses Inklusionsprinzip promoten, dazu führt, dass wir so eine Art, es ist vielleicht ein böses Wort, aber ich sage mal, durchaus Tourismus entwickeln. Die

Kinder bekommen, weil sie das Angebot bekommen, die Idee, von der Förderschule in die allgemeine Schule mit Inklusionsangebot zu gehen, dort das ein, zwei Jahre probieren, sind vielleicht nicht erfolgreich und gehen dann sogar wieder zurück. Es ist ein Hin und Her. Auch andersrum übrigens, also die von vornherein gesagt haben, nein, Inklusion ist das Bessere, also überhaupt keine Berührung hatten mit der Förderschule, die Eltern sind dann meistens dabei, gehen an die allgemeinbildende Schule mit diesem Zusatzangebot und merken dann nach kurzer Zeit, ist doch vielleicht nicht das Richtige, und es geht dann in beiden Richtungen immer hin und her und das ist ja vielleicht auch etwas, was den Kindern, also der kindlichen Entwicklung eher abträglich ist, weil so ein Kind natürlich auch, gerade ein behindertes Kind, möchte ja irgendwo ankommen und hat das dann nicht so gerne, wenn andauernd das pädagogische Personal oder auch das Konzept natürlich sich verändert.

Der **Vorsitzende**: Das war jetzt mehr ein Statement oder eine Frage an den ...

Abg. **Gereon Bollmann** (AfD): Wie schätzen Sie das ein? (*Mikrofon aus*) Es ist vielleicht besser, eine striktere Trennung vorzunehmen. Und dann den Eltern, es läuft ja alles über die Eltern, meinetwegen, klarzumachen, wo der Vorteil oder Nachteil des einen Konzeptes liegt. Wenn wir dann meinetwegen immer wieder hervorheben, dass die pädagogische Betreuung auf den regulären Förderschulen doch besser ist, quotal, wäre das ja vielleicht ein Aspekt, der dann auch viele auch zum Nachdenken bringt.

Der **Vorsitzende**: Herr Viehoff.

Andreas Viehoff: Ich werde gleich weiter verweisen, weil die Frage der Selektion nicht die Diskussion ist. Das heißt, wir wollen nicht Kinder sofort in irgendeine Einrichtung geben, die dann schon eine sonderpädagogische Ausrichtung hat, oder eine reine sonderpädagogische Ausrichtung. Wir haben tolle Grundschulen, wir haben eben eine gehört, die fängt in der Kleinheit, aber auch in der Differenziertheit und auch in der Bindungsarbeit das Ganze auf. Das große Problem, was wir haben,



und darum verweise ich gleich nach links, ist, dass wir uns zum Teil eine Diagnose jetzt zugute gebracht haben oder dass das in jedem Bundesland ist, was zum Teil ins Absurde geht. Wir überprüfen, überprüfen, überprüfen. Das sage ich als Sonderpädagoge. Ich bin jetzt nicht mehr im Dienst, insofern darf ich das, glaube ich. Die sonderpädagogischen Überprüfungsverfahren sind mittlerweile so balüsig und nehmen auch Förderzeit der Grundschullehrkräfte und der Förderschullehrkräfte in Anspruch, dass man dieses zunächst einmal überdenken muss, und zwar, ob es überhaupt Sinn macht. Was hat es für einen Sinn, wenn ich ein Gutachten schreibe? Das dauert lange und letztendlich wird das, was als Ergebnis im Gutachten steht, nicht weiter in die Grundschulen reingegeben. Wir müssen uns viel mehr auf die vorschulische Situation konzentrieren und da müssen wir – mit „wir“ meine ich jetzt die Grundschullehrkräfte und die Förderschullehrkräfte -, da sein. Niedersachsen hat das mal gemacht. Die hatten sich mal erlaubt, Grundschullehrkräfte und auch Förderschullehrkräfte im Rahmen der Grundversorgung mit in die letzten Jahre der Kindertagesstätten zu nehmen. Hier muss letztendlich angesetzt werden, um frühzeitig die Kinder zu betreuen oder sie möglicherweise auch in außerschulische Institutionen wie Logopädie, die sprachen Sie eben an, oder Ergotherapie oder was auch immer, reinzugeben in Begleitung mit den späteren Lehrkräften oder mit den Lehrkräften aus den späteren Institutionen. Wenn die Kinder in der ersten Klasse ankommen, muss Grundschule letztendlich erst mal abwarten, ist verpflichtet, zu gucken, wie weit können die Kinder tatsächlich mit meinem System mitkommen oder nicht. Und dann fängt die Selektion an. In Niedersachsen ist so was eben tatsächlich erst nach der fünften Klasse möglich. Das heißt, ich muss das Ganze mit Inhalt füllen, nicht mit einem Kasten links und rechts, sondern es muss inhaltlich begründet sein. Und dazu gehören Eltern. Dazu gehören Kindertagesstätten, dazu gehört auch das Gesundheitsamt, also viele Institutionen, die eine pädagogisch psychologische Entscheidung treffen. Das steht im Vordergrund. Da bin ich bei Ihnen.

Matthias Klockow (Die Heilsarmee - Kindertagesstätte „Volltreffer“): Also würde mich dann gleich anschließen. Im Idealfall sind Kinder

in den ersten sechs Jahren bei uns in der Einrichtung. Das sind sechs Jahre, die wir die Möglichkeit haben, mit den Kindern, mit den Familien zu arbeiten. Wir haben also auch die Möglichkeit, eine Entwicklung dieser Kinder in den ersten sechs Jahren zu beeinflussen und letzten Endes mit den Spielern, die wir vor Ort haben, mit denen wir auch intensiv und gut zusammenarbeiten, mit dem heilpädagogischen Fachdienst, mit dem Jugendamt, mit den entsprechenden Sozial- und medizinischen Diensten im Bezirk, mit denen wir ja auch lange Jahre gute Kontakte haben, zusammenarbeiten. Wir haben also eine Möglichkeit, ein Netz aufzubauen, wo die Kinder gut aufgefangen werden können und wo die Eltern auch gute Unterstützung bekommen. Es bricht aber in dem Moment ab, wo die Kinder in die Schule kommen. Da geht letzten Endes, so wie eben angesprochen auch in Berlin, ein großer Teil wieder von vorne los. Und da, wie angesprochen, wünschte ich mir eine intensivere Zusammenarbeit mit den Schulen, mit den Horten, um letzten Endes das nicht wieder aufrollen zu müssen, weil die Arbeit, die ist auch in Kitas sehr, sehr hoch. Wir schreiben auch diese Berichte und wir haben jetzt in Berlin einen Teilhabe- und Hilfeplan, der, ich glaube, 30 Seiten stark ist, und die Kollegin, die das jetzt exemplarisch mal gemacht hat, hat gesagt, da sitze ich drei, vier, fünf Stunden dran, um den erst einmal ausgefüllt zu haben. Der ist aber sehr detailliert. Und diese Detaillierung, die haben wir einmal gemacht, und im Zweifel, ganz böse gesprochen, machen wir sie für die weitere Entwicklung des Kindes für den Mülleimer. Und wie gesagt, auch die Zusammenarbeit mit Logo- und Ergotherapeuten findet ja heute schon statt. Wir tauschen uns ja aus, nachdem wir die Schweigepflichtentbindung der Eltern dann auch zur Verfügung haben, um letzten Endes im Sinne des Kindes tätig zu sein. Aber wenn wir das, ich sage mal, am Point, bei uns in der Einrichtung, gemeinsam Tür an Tür machen könnten und letzten Endes auch Hand in Hand sagen könnten: Okay, das ist der therapeutische Ansatz, den geben wir jetzt in eine Kleingruppe. Und aus der Kleingruppe heraus haben wir im Rahmen der sozialen Ausbildung, in der sozialen Lernsituation, die wir bei uns in der Einrichtung ja qua unserer DNA als Heilsarmee ja sowieso schon leisten, dann die Möglichkeit, dem Kind auch einen Erfolg zu prä-



sentieren oder ein Erfolgserlebnis in der Gesamtentwicklung zu gestalten und letzten Endes auch für die gesamte Kinderschaft bei uns Möglichkeiten zu schaffen, dass wir das, was wir eben angesprochen hatten, das Generationenthema Inklusion, bei uns schon ansetzen zu können.

Der **Vorsitzende**: Ja, vielen Dank. Jetzt hatte sich die Kollegin Fester zu Wort gemeldet.

Abg. **Emilia Johanna Fester** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. Also in meinem Kopf schwirrt gerade sehr viel. Ich habe irgendwie ganz, ganz viele unterschiedliche Fragen und Gedanken und auch philosophische Fragen, ich glaube, gerade zu dem Balanceakt, den Sie, Herr Tyrychter, angesprochen hatten.

Ich würde tatsächlich bei Ihnen ganz gerne einmal anfangen. Sie haben nämlich den Föderalismus angesprochen, und ich möchte hier als Bundestagsabgeordnete natürlich auch einfach gerne einmal die Frage stellen, was wir für Sie tun können? Weil ich finde das alles unfassbar interessant, auch auf einer politischen Ebene. Aber was kann der Bundestag eigentlich letztendlich hier vorbringen, ohne gegen die Hoheit der Länder groß zu verstoßen, um da an der Stelle zu helfen? Ich habe da zum Beispiel gerade an Assistenzen gedacht, die ja durchaus auch von den Ländern übernommen werden können. Aber gerade wenn es um zum Beispiel eine Assistenz von Gebärdendolmetscher*innen geht, zum Beispiel, weiß ich, dass der Bund da auch durchaus Förderprogramme ausschreiben kann, und ich meine, in solche Richtungen kann man ja immer mal denken. Ich fände es einfach ganz spannend, was Ihnen so einfällt. Oder auch, inwiefern wir bei der Umsetzung der UN-Charta auch noch weiter vorangehen können und wie wir das sollten. Vielleicht haben Sie da Antworten drauf.

Vielleicht belasse ich es noch bei einer Frage, so ein bisschen tiefer in das Schulsystem von Ihnen, von der Havelmüller-Schule. Schön, dass Sie da sind. Ich fand das sehr inspirierend, was Sie beschrieben haben, wie Sie es machen, auch, dass es eine nicht ganz so riesige Schule ist und mit diesen Häusern. Ich habe mich gefragt: Gibt es auch

Schüler*innen, die Sie nicht unterrichten, also, wo sie im Zweifel sagen würden, die sind von uns nicht beschulbar? Ich bleibe mal bei meinem Beispiel von gehörlosen Menschen. Ist das für Sie machbar, Gebärdendolmetscher*innen im Zweifel mit in den Klassenraum zu holen, oder sind da einfach auch so Grenzen gesetzt? Wie haben Sie die gesetzt, im Sinne von, hat das was mit Geld zu tun oder auch was mit dem pädagogischen Personal? Das fände ich, glaube ich, total spannend, auch da sozusagen in den Zwiespalt im Kopf hineinzuschauen, weil ich Ihnen sehr doll abnehme, dass Sie das Bedürfnis oder die Absicht haben, einfach alle gemeinsam zu beschulen, dass das ein sehr großes Ideal ist. Und ich kann mir vorstellen, dass man da leider manchmal an der Realität scheitert. Und diese Realität würde ich gerne kennenlernen, um dann vielleicht auch politisch ableiten zu können, was man tun kann, um noch weiter voranzugehen, um dem Ideal näher zu kommen.

Gaby Plachy (Havelmüller-Schule Berlin-Reinickendorf): In der Regel sind Eltern ja auf der Suche nach der passenden Schule fürs Kind, wenn es denn auch ein Handicap hat, besonders. Und da gibt es tatsächlich oft schwerstmehrfachbehinderte Kinder. Das schaffen wir nicht. Aber alles andere ist machbar und denkbar und wurde auch gemacht bei uns. Durch die altersgemischte Organisationsform ist in jeder Klasse mindestens ein Kind mit einem besonders hohen Förderbedarf, meistens sogar zwei. Und das Optimieren der inhaltlichen Arbeit an diesen Kindern findet durch unser sonderpädagogisches Personal statt. Das sind nur zwei Leute von 25 Lehrkräften, aber es ist organisiert, und deswegen spreche ich immer von Strukturen einer Schule, die es braucht, um Zuständigkeiten, Arbeitsteilung, Sprechzeiten, all diese Dinge, um zu wissen, wer ist zuständig für meine Frage? Keiner ist allein gelassen. Es gibt Professionen im Haus, die ansprechbar sind und die Fragen zum einzelnen Kind beantworten werden. Das haben wir über die Jahre organisiert und das funktioniert dann auch. Und der Rest ist ein Dazulernen müssen jedes einzelnen Pädagogen, jeder einzelnen Pädagogin, je nachdem, welche Kinder vor einem sitzen. Das gilt aber nicht nur für die Kinder mit Handicap. Das gilt für alle Kinder.



Julie Neumann (Havelmüller-Schule Berlin-Reinickendorf): Und was wir als Einzelschule im Kleinen machen, ist, dass wir sehr viel Zeit investieren für Gespräche mit Eltern und Kindern und Hospitationen in der Kita, wenn wir Bewerbungen haben oder Anfragen von Eltern von Kindern mit einem besonderen Förderbedarf. Da finden ein ganz genauer Austausch und ein Kennenlernen statt, damit wir von beiden Seiten aus uns füreinander entscheiden und auch eine Aufklärung, sage ich mal, das leistet Regelschule und da sind unsere Grenzen, damit man sich dann bewusst füreinander entscheidet.

Gaby Plachy (Havelmüller-Schule Berlin-Reinickendorf): Inwieweit man als Einzelschule überhaupt Chancen und Möglichkeiten hat, das ist sicherlich unterschiedlich. Und ich habe im Nachgang vor allen Dingen gelernt, dass wir in Berlin unheimlich gut ausgestattet sind, sowohl mit dem Grad der Eigenverantwortlichkeit, mit Geldern, mit der sechsjährigen Grundschule. Das, was wir konzeptionell und visionär daraus machen, ist der Einzelschule überlassen. Das ist eine ganz tolle Geschichte, wie man damit politisch umgeht, mit dem Föderalismus entspringenden Unterschiedlichkeiten, weiß ich nicht, ist aber tatsächlich ein Problem. Sehe ich jetzt in der Beratungsfunktion auch so, dass manche Bundesländer überhaupt nicht in der Lage wären, so zu arbeiten wie wir und wir da manchmal Äpfel mit Birnen vergleichen. Andererseits würde ich immer zu dem Ergebnis kommen, wir haben es als Einzelschule geschafft, aber wenn wir es nicht im Regelschulsystem tatsächlich flächendeckender hinkriegen, auch in Berlin nicht, dann schaffen wir auch die Inklusion nicht. Und das gilt dann wahrscheinlich erst recht für das Bundesgebiet.

Der **Vorsitzende**: Herr Tyrychter.

Wolfgang Tyrychter (Dominikus-Ringeisen-Werk): Die Frage ist schwierig, die Sie stellen, Frau Fester, aber ich möchte es trotzdem versuchen. Also zum einen, wir sind im Jahr acht der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes im SGB IX. Da dranzubleiben, das könnte meines Erachtens die Bundesebene schon. In den Bund-Länder-Abstimmungen, die das BMAS zum Beispiel durchführt,

dranzubleiben und die Länder zu fragen: Wo steht ihr denn? Wir haben zum Beispiel diesen Leistungstatbestand im SGB IX, Teilhabe an Bildung. Sie haben Individualbegleitungen angesprochen, Gebärdendolmetscher angesprochen. Da stecken wir momentan oft mit den Landesrahmenverträgen fest. Wir sind im Jahr neun und stecken fest in einigen Bundesländern. Sie wissen, es gibt Bundesländer, die haben noch gar keine Landesrahmenverträge. Also das ist was, wo, glaube ich, die Bundesebene dranbleiben kann. Das wäre ein Versuch einer Antwort.

Der zweite wäre, ich habe es vorher schon eingangs angesprochen, wir stehen vor dem Referentenentwurf der SGB VIII-Reform, auch da hinzuschauen. Letztendlich sind die Kitas SGB VIII-Einrichtungen, und Sie haben jetzt ja gehört, wie das abbricht, zum Teil, am Ende der Kitazeit, am Übergang zur Schulzeit, wie versäult und unverknüpft diese Systeme nebeneinanderstehen. Ich verfolge die Diskussion um die SGB VIII-Reform jetzt schon viele Jahre und habe immer wieder gefragt: Nach welchen inklusiven Konzepten sucht Ihr denn, jetzt in dem Fall die Bundespolitik auch, wenn sie sagt, das System des Kinder- und Jugendhilferechts soll sich inklusiv entwickeln? Es gab kaum eine nennenswerte Debatte über die inklusiven Konzepte. Jetzt gibt es eine Diskussion über eine Verwaltungsreform. Ja, auch wichtig. Aber welche inklusiven Konzepte stellt man sich vor im vorschulischen Bereich und am Übergang Schule – Beruf? Da sollte man nachfassen, nachhaken, dranbleiben. Und vielleicht, weil Sie so ganz kreativ nach Ideen gefragt haben - ich habe im Schulbereich einmal nur erlebt, wie der Bund ganz konkret mit in die Finanzierung eingestiegen ist, beim Digitalpakt, wo die Kultusministerkonferenz dann angesichts des hohen Drucks, vielleicht im Corona-Druck, gesagt hat, wir unterstützen jetzt finanziell das Schulsystem bei der Digitalisierung. So was Ähnliches könnte ich mir zum Beispiel auch vorstellen - Wir haben es gehört, wie schwierig es ist, eine neue Schule zu bauen, und die meisten, zum Beispiel auch Förderschulen, sind baulich aus den 70er Jahren bundesweit und stehen jetzt zum Neubau oder zur Sanierung an. Also die Frage ist: Wie unterstützt man diese Sachaufwandsträger, Schulträger bei der Sanierung oder baulichen Umgestaltung einer Schule in Richtung einer inklusiven Schule? Mir ist bisher



nur einmal passiert in meiner beruflichen Laufbahn, dass ein Bürgermeister kam und sagte, ich muss eine neue Schule bauen, und eine Regelschule, keine Förderschule, was muss ich denn berücksichtigen, wenn ich inklusiv werden will? Das passiert viel zu selten meines Erachtens. Das wären so Punkte, die mir jetzt zu dieser Frage einfallen.

Der **Vorsitzende**: Jetzt muss ich kurz nachdenken, denn ich sitze ja nicht nur hier im Bundestag, ich bin auch kommunalpolitisch gerade tätig und wir haben gerade eine Schulneubau-Diskussion. Von daher ist es ganz interessant. Aber da schließe ich mal indirekt dran an, und zwar, auf einer Ihrer letzten Folien, Herr Tyrychter, steht: Schlecht gemachte Inklusion ist der größte Feind der Inklusion. Ich frage jetzt einfach mal so ein bisschen zuspitzend: Sind Sie der Meinung, dass wenn per Schulgesetz einfach alle Schulen zur inklusiven Schule erklärt werden, was beispielsweise im niedersächsischen Schulgesetz so festgeschrieben ist, dass das eine gewisse Gefährdung auch darstellt, wenn man die notwendigen Rahmenbedingungen nicht parallel mitliefert? Das würde mich einfach mal interessieren, weil das ist, ich habe es gerade noch mal nachgeschaut, ich glaube, das war bei einem Vortrag bei Herrn Viehoff, mir durch den Kopf geschossen. Ich glaube, es ist § 4 des Niedersächsischen Schulgesetzes. Da werden einfach alle Schulen zur inklusiven Schule erklärt. Punkt. Und damit haben wir es ja. Also das ist jetzt nicht meine Meinung, aber das ist, so wird es ja dargestellt, wir erklären es einfach im Gesetz und damit haben wir ja quasi der Inklusion Genüge getan. Von daher würde ich gerne mal wissen, wie Sie das einschätzen.

In dem Zusammenhang auch an beide Vertreterinnen der Havelmüller-Schule: Sind Sie in einem besonderen Maße ausgestattet, um Ihre Arbeit leisten zu können? Ich kenne dieses jahrgangsübergreifende aus Niedersachsen ehrlich gesagt nur für zwei Jahrgänge. Dass es auch für drei geht, ist mir neu. Dass es überhaupt irgendwo geht, fand ich ganz interessant. Ich kann mir aber vorstellen, dass es auch nicht unaufwendig ist, denn die Diskussion über Eingangsstufen oder jahrgangsübergreifenden Unterricht stößt ja auch bei dem ein oder anderen ein bisschen auf Vorbehalte, weil

man sagt, das ist auch mit potenziell Mehrarbeit verbunden. Sie haben gerade das Team, also in ein Team eingebunden zu sein, schon angesprochen, aber nichtsdestotrotz ist da noch eine andere Berücksichtigung da. Und was mich auch interessiert, und jetzt bin ich bei dem Thema, was ich gerade ganz zu Anfang gesagt habe: Wie wichtig ist Gebäudestruktur? Also wenn man jetzt rein theoretisch darüber nachdenkt, wir bauen eine neue Schule, da haben die Schulleitungen unter anderem auch mit vorgestellt, dass sie gerne mit Lernhäusern arbeiten würden, wird aber als nicht finanzierbar dann dargestellt und jetzt geht zumindest die Mehrheit Richtung Flurschule wieder. Und deswegen würde mich das einfach mal interessieren: Wie stellen wir uns eigentlich auf, wenn wir Schulen bauen? Wie wichtig ist auch der Beton? Um es mal ganz deutlich zu sagen, wie Sie es darstellen. Das waren meine ersten Fragen.

Ich hatte an Herrn Klockow aber noch eine Frage, und zwar bei dem Übergang. Inwieweit hakt sich das ein, dass da, Sie haben ausgeführt, der Übergang zum Teil zwischen den Kindertagesstätten und Schulen hakt an der einen oder anderen Stelle. Worauf führen Sie das zurück, dass es allgemein Vorbehalte gibt, egal von welcher Seite, oder liegt das einfach daran, dass notwendige Ressourcen nicht zur Verfügung stehen? Ich kenne beispielsweise dieses Brückenjahr. Das gab es mal in Niedersachsen, zumindest als Pilotprojekt. Ich glaube, das wird in der einen oder anderen Kommune noch weitergeführt, wenn die Kommune es bezahlt, weil es das Land nicht mehr tut. Also müsste das anders unterfüttert werden, weil ich befürchte, dass auch vieles vielleicht, was auch wichtig wäre für die Weiterentwicklung, dann einfach wieder wegfällt, was man einfach vorher, wenn man im Team zusammenarbeiten würde, besser berücksichtigen könnte.

Und eine letzte Frage an Herrn Viehoff. Wir stehen im regelmäßigen Austausch. Aber die letzten Zahlen, die Sie in Ihrem Vortrag benannt haben, die hatte ich jetzt ehrlich gesagt so nicht präsent, dass die Zahlen eigentlich nach oben zeigen. Müssen wir dann feststellen, dass die Art und Weise, wie wir die Inklusion gerade angehen, dass wir sehr stark in Festschreibung und weniger vom Kind her denken, vom jeweiligen Kind, davon



ausgehen, dass wir gerade zumindest in großen Teilen auf dem Holzweg sind? Wenn wir feststellen, dass sich die Situation sogar für das Kind potenziell verschlechtert, weil die Feststellungen, Sie sprachen im Zusammenhang von Etikettierung, zunehmen, weil die Überprüfungen massiv zunehmen und sogar die Anzahl von Schülerinnen und Schülern, die im Förderschulwesen beschult werden, zunehmen, mit den negativen Auswirkungen, dass gewisse Abschlüsse gar nicht mehr vorgenommen werden können oder erreicht werden können, weil sie als Schulabbrecher geführt werden. Da muss man sich ja die Frage stellen: Wie kriegen wir es eigentlich umgesteuert, damit nämlich tatsächlich der inklusive Charakter überhaupt zum Tragen kommen kann? Weil ja, ich teile die Einschätzung, dass Inklusion sich über die gesamte Lebensspanne erstrecken muss und nicht mit Schultor beginnt und endet. Oder meinetwegen die Kita noch mit rein, denn diese Diskussion im öffentlichen Bereich findet häufig, so meine Wahrnehmung zumindest, mehrheitlich so statt, dass wir sagen, wir beschränken uns auf diese beiden Institutionen. Punkt. So, und dann gibt es noch so ein bisschen Debatte nebenher. Aber die öffentliche Wahrnehmung der Debatte empfinde ich an sehr vielen Stellen geprägt von diesen beiden Bildungseinrichtungen, also sprich Kindertagesstätten und Schulen. Und wenn wir dann alle weiteren Lebensabschnitte vernünftig berücksichtigen wollen, dann muss ich das ja so ausgestalten, dass das überhaupt erklimmbar ist für die Menschen, die das betrifft. Von daher vielleicht auch die etwas zugespitzte Frage: Sind wir da auf dem Holzweg?

So, ich würde einfach in der Reihenfolge bleiben, wie ich es gefragt habe. Ich glaube, Herr Tyrychter. Und dann Havelmüller-Schule-Verehrerinnen, dann war Herr Klockow und dann Herr Viehoff.

Wolfgang Tyrychter (Dominikus-Ringeisen-Werk): Wir bleiben in der Reihenfolge. Ich fasse mich auch ganz kurz. Ja, Sie haben mich da richtig verstanden. Wenn Inklusion nur deklaratorisch betrieben wird, nämlich zum Beispiel das Schulsystem generell als inklusiv bezeichnet wird, Sie qualifizieren aber das Personal nicht anders, Sie stellen keine multiprofessionellen Teams zusammen, Sie stattdessen die Schule nicht entsprechend aus,

dann wird es bei den Familien, die Kinder mit Behinderungen haben, zu ganz viel Frustration und Enttäuschung führen und letztendlich zu einer Ablehnung der Inklusion. Wir haben das tatsächlich. Also da könnten wir, glaube ich, alle viele Beispiele nennen, wo das so läuft. Deswegen, wenn man Inklusion machen möchte, muss man auch die Rahmenbedingungen dafür schaffen. Das wollte ich auch mit den Bildern sagen. Auch das ein wichtiger Punkt: Sie müssen natürlich bei der Ausbildung der Fach- und Lehrkräfte beginnen. Wenn Sie das nicht tun oder der Lehrerberuf ist an sich in der Masse - ein Lehrer ist Einzelkämpfer. Jetzt arbeiten Sie als Team, wunderbar. Aber Sie müssen diesen Teamgedanken erst mal implementieren. Den haben Sie als Leitung vorgelebt und somit implementiert. An all diesen Dingen müssen Sie ansetzen, damit Inklusion möglich wird. Das als erster Punkt.

Der zweite Punkt, den ich noch kurz sagen möchte, ist: Natürlich ist der Beton wichtig. Wenn Sie eine neue Schule bauen, betonieren Sie erst mal ein System auf Jahrzehnte. Das ist definitiv so. Und vielleicht das als Ergänzung von meiner Seite: in der Arbeit, insbesondere mit Kindern und Jugendlichen mit Behinderung, können Sie vor allem auch nie genug Raum haben. Die räumlichen Möglichkeiten sind mindestens so entscheidend wie die personelle Ausstattung. Deswegen ist das ganz entscheidend. Und uns geht es allen so, da könnten wir alle ein Lied davon singen - Sie haben es selbst erlebt in der Kommunalpolitik. Irgendwie drei Quadratmeter zu viel. Nicht förderfähig. Schluss. Ja, und da muss sich was ändern, wenn Sie inklusive Schule machen möchten.

Und jetzt das Letzte auch: Mir ist die Diskussion auch viel zu fokussiert auf das Thema Schule und Kita, denn, ich habe es ja versucht anzudeuten, in dem Moment, wo Sie den Übergang Schule-Beruf haben, fallen Sie ins nächste Leistungs- und Selektionssystem, und die sind bisher ja von der Diskussion gar nicht so wirklich erfasst. Wir haben jetzt auf Bundesebene auch eine Diskussion über die Zukunft der Werkstätten für Menschen mit Behinderungen. Das wäre so die nächste Thematik zu dem, was die Bundesebene tun kann. Ja, auch die Arbeitswelt hält sich da ja weitestgehend



für nicht betroffen, denn da geht es ja nur um Leistung. Wer Lohn bekommt, soll Leistung bringen. Und jetzt kommen wir auf einmal da mit den Jugendlichen aus dem Förderschulsystem und sagen, die gehen nicht mehr in die Werkstätten. Also deswegen, ja, wir müssen auch andere gesellschaftliche Bereiche mit dieser Diskussion erfassen als die Schule.

Gaby Plachy (Havelmüller-Schule Berlin-Reinickendorf): Finde ich auch. Dennoch sind ja die ersten fast 20 Jahre eines Menschenlebens in diesen Institutionen und damit sehr prägend. Und insofern können wir da viel richtig, aber auch viel verkehrt machen.

Beton, Architektur und Pädagogik gehören zwingend zusammen. Berlin hat ganz viel Geld in die Hand genommen, um Kompartmentschulen zu bauen. Ob die jetzt auch mit entsprechenden Inhalten gefüllt werden, bleibt abzuwarten. München, als diejenigen, die sich die Lernhausschulen seinerzeit überlegt haben und auch angefangen haben, haben nach fünf Jahren wissenschaftlicher Begleitung festgestellt, dass alter Wein in neuen Schläuchen gelandet ist. Meine Befürchtung ist: Das kann in Berlin auch passieren, denn wir reden manchmal an den wirklichen Ressourcen bei allen unseren Überlegungen vorbei. Wir müssen die Lehrer, wir müssen die Pädagogen ins Boot kriegen, wir müssen für Veränderung sorgen. Ein großer Nachteil, auch in Berlin - ich kann immer nur am besten von Berlin reden - ist die fehlende Verbindlichkeit in vielen Dingen. Es bleibt dabei, so gut Eigenverantwortlichkeit ist, aber es braucht an einigen Stellen Verbindlichkeit im Handeln. Und diese Verbindlichkeit kann auch bedeuten: Ihr seid eine inklusive Schule, also gebt Euch gefälligst Mühe und wir gucken Euch auch auf die Finger. Und daran hapert es häufig. Es ist auch schwer umzusetzen, will mir einleuchten.

Natürlich, die Eltern gehören auch dazu. Das ist in prekären Gegenden, so wie bei uns, tatsächlich eine ganz große Hürde, wenn wir von bildungsfernen Eltern erwarten, diese Gemengelage zu verstehen. Und da können wir als Schule auch nicht mehr richtig aushelfen. Wir können es viel in Ein-

zelgesprächen versuchen und haben da auch Erfolge, aber es ist sehr, sehr zeitaufwendig.

Wenn man jetzt im Zusammenhang mit Ganztagschulen ja eigentlich immer über dieselben Themen nur unter einer anderen Überschrift redet, dann haben wir letztendlich Schule als Lebensort zu gestalten. Und da sind wir schon wieder bei Räumen und das bedeutet ganz viel Veränderung auf ganz vielen Ebenen.

Ich kann nur abschließend sagen: Das, was wir als Schule alles an einzelnen Säulen gebaut haben im Laufe der vielen Jahre, hat dazu geführt, dass wir den Inklusionsaspekt gar nicht mehr großartig erwähnen mussten. Es fand einfach statt und es hat gut funktioniert. Und das hatte dann zur Folge, dass wir sehr nachgefragt waren in dieser Hinsicht, und insofern ist das nicht nur unter einem Gesichtspunkt zu sehen und zu beurteilen, ob Förderschulen oder Regelschulen, es wird immer von dem Einzelsystem abhängen, wie gut die ihre Arbeit machen. Ich glaube, wir müssen uns alle nur davor hüten, dass wir zu defizitär gucken. Und dass jetzt diese Zahlen da so gewachsen sind, ich würde vermuten, das liegt daran, dass immer mehr geguckt wird, um Ausstattungstatbestände zu bekommen. Die Kinder waren wahrscheinlich schon immer da. Aber das ist jetzt mehr so meine Vermutung. Das war die Überleitung.

Matthias Klockow (Die Heilsarmee - Kindertagesstätte „Volltreffer“): Ich will Ihre Frage gerne beantworten, aber eher mit einem subjektiven Eindruck. Wir haben in dem Einzugsgebiet, in dem wir unterwegs sind, drei Schulen, mit denen wir zusammenarbeiten, von denen zwei sich auch tatsächlich ein inklusives Konzept gegeben haben. Das liest sich gut, ist allerdings auch schon ein bisschen älter. In meiner subjektiven Wahrnehmung ist es sicherlich auch ein personelles Thema. Wir sind nicht die einzige Kita, die wiederum im Einzugsgebiet dieser Schulen unterwegs ist, sondern da gibt es viele Kitas, die mit Sicherheit auch ihre Kinder haben, die mit Auffälligkeiten oder Förderbedarfen schon in die Schule rüber wechseln. Wenn ich jetzt sage, wir haben zwölf Kinder, die in die Schule rüber wechseln, und jede dieser Schulen hat ungefähr 400 Schüler,



dann gibt es einige Kitas, die da betroffen sind. Das muss man personell auch können.

Der zweite Aspekt, der aber auch sicherlich nicht ganz zu verachten ist: Ich höre aus vielen Horten, dass die neben der Schule arbeiten, und ich sage mal, der Hort ist normalerweise direkt einer Schule angegliedert, da dürfte dieses Defizit gar nicht entstehen. Sodass ich schon glaube, dass es auch immer noch ein bisschen die Frage ist, werden wir als fröhpädagogische Bildungsanstalt, als Kita überhaupt wahrgenommen von Schule? Und ich glaube, dann sind wir auch wieder so ein bisschen in der strukturellen Diskussion, denn die Informationsweitergabe ist ja nicht zwingend personell gebunden. Auch da gäbe es andere Möglichkeiten, die wir auch heute schon durchaus nutzen könnten, die aber vielleicht auch, ich will es nicht jedem unterstellen, aber zumindest auch in der Struktur, die wir vor Ort haben, begründet sind, dass sie nicht genutzt werden.

Andreas Viehoff: Vielleicht darf ich da noch mal dazu sagen: Dieses Problem hat Grundschule auch, nämlich dass im Grunde keine direkte Bindung in vielen Schulen von dem Vormittagsbereich in den Ganztagsbereich ist. Das ist kein gemeinsames System, so wie wir es aus anderen Ländern wie Frankreich oder Belgien kennen, sondern wir machen morgens den Unterricht und dann kommt anschließend der Bereich der Betreuung.

Gaby Plachy (Havelmüller-Schule Berlin-Reinickendorf): Bei uns nicht.

Andreas Viehoff: Nein, bei Euch nicht. Aber das habe ich auch wohlwollend gelesen, dass das eben nicht der Fall ist. Das muss auch ein gemeinsames Konzept sein, genau die gleiche Forderung, die eben gerade auch vom Kindergarten gesagt wurde. Und das muss gedanklich mitgedacht werden, dann wird da auch ein viel komfortableres Konzept rauskommen.

Jetzt zu den Fragen: Ja, natürlich. Wenn wir so weitermachen in der Zuweisung von Förderschul-

lehrkräften, dann sind wir definitiv auf dem Holzweg. Das funktioniert so nicht mehr, weil, und ich habe es ja versucht eben anzudeuten, weil es natürlich schön ist, möglichst viele Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf in seiner allgemeinen Schule zu haben. Je mehr ich habe, umso mehr Förderschullehrkräfte habe ich. Das hat, das wissen Sie auch, bei uns, in unserem Südbereich zu ganz üblen Situationen geführt, dass da Statistiken sogar gefälscht worden sind, das ist ein Riesenproblem. Davon müssen wir runterkommen. Die Budgetierung, die wir in Niedersachsen in den Grundschulen haben, ist aber auch nicht der Königsweg. Denn wenn ich, Sie haben das eben gesagt, zwei Stunden in der Woche einen Förderschullehrer habe und ich brauche ein Kind, was eine beziehende Begleitung in Mathematik und oder Deutsch hat, dann kann ich die zwei Stunden vergessen. Und wenn dann der Förderschullehrer oder die Förderschullehrerin, wie ich das sehr häufig erlebt habe, ich hatte immer das Vergnügen, diese dann auch zuweisen zu müssen den Grundschulen, leider nur in der Kunststunde oder vielleicht in der Sportstunde dort kommen konnte, aus logistischen Gründen, dann sind diese Stunden schlicht und einfach nicht brauchbar, und nicht jede Grundschule kann sich darauf einstellen. Das heißt also, wir müssen uns was Neues überlegen. Ich hatte ja eben einen Vorschlag gemacht mit den Schwerpunktschulen, wo ich mir vorstellen könnte, dass man das besser koordinieren kann. Das ist auch eine logistische Frage, die dahintersteht. Bezogen auf die Abschlüsse: Es ist definitiv so, dass wir im Moment in der Situation sind, dass die Gesamtsysteme, da rede ich jetzt in Niedersachsen von der Sekundarschule beziehungsweise Oberschule oder von der Gesamtschule, die Diskussionen laufen zu 90 Prozent auf der Ebene „Ich möchte, dass über die Gesamtschulen mein Kind das Abitur erreicht.“ Die Gretchenfrage, die ich in solchen Diskussionen immer an diejenigen, die so was sagen, stelle, ist: Und was macht ihr mit den 20 Prozent, über die wir überhaupt nicht nachdenken brauchen, weil sie das Abitur nicht schaffen? Wenn Ihr dafür ein Konzept habt, dann seid Ihr eine gute Schule. Das heißt, wenn ich von unten und nicht von oben anfange, und das geht im Übrigen durch alle Parteien, dass man immer nur meint, wir müssen jetzt möglichst jedes Kind zum Abitur bringen.



Übrigens auch volkswirtschaftlicher Schwachsinn. Und da müssen wir neu drüber nachdenken. Ich tue mich immer sehr schwer, hier auch eine Wertigkeit zu definieren. Wenn ich Abitur habe, dann bin ich in der Wertigkeit ganz oben. Wenn ich aber der Praktiker bin, der intelligent praktisch tätig werden kann und der dann auch massiv gebraucht wird in unserer Gesellschaft, dann ist das eine Stufe tiefer. Das Denken muss sich ändern. Und wenn sich das Denken ändert, dann verändert sich auch der Inklusionsgedanke. Das heißt also, es hat wirklich was mit unserem System zu tun, und darum müssen die Abschlüsse auch anerkannt werden, sie müssen auch wertgeschätzt werden. Ein Hauptschulabschluss früher - also ich bin auch zu einer Zeit groß geworden, da war es die Seltenheit, dass man von der Volksschule ans Gymnasium an die Realschule ging - das war die Volksschule und daraus akquirierten sich alle Leute, die heute bei uns - oder jetzt nicht mehr - tätig waren im Handwerksbereich. Und wir müssen das Ganze doch gesamtgesellschaftlich sehen, auch unsere Schule. Darum müssen die Abschlüsse definitiv anders bewertet werden.

Bezogen auf Ausbildung möchte ich aber noch ein Wort sagen: Ich habe die Erfahrung gemacht, in meiner zweiten Schule, dass, wenn ich auf Betriebe zugehe, ich rede aber jetzt bitte von Lernen, - ich habe mit einem schwer körperlich behinderten Kind Schiffbruch erlitten, wie Sie wahrscheinlich häufig -, wenn ich zu den Betrieben hingehe, und wir haben an dieser Schule immer zwei bis drei Jahre die Möglichkeit, immer donnerstags, diese Kinder in einen Betrieb zu geben. Daraus ergibt sich ein - darum habe ich das eben gesagt - Anteil von bis zu 70 Prozent, die haben eine Lehrstelle. Das ergibt sich aus diesen zwei Jahren. Dann weiß der Arbeitgeber, ich bin damit zufrieden, und der Schüler weiß, ich halte durch. Genau das ist der Effekt. Und da haben die Betriebe

wunderbar mitgemacht. Nicht alle, aber viele haben wunderbar mitgemacht. Und ich sage es auch für den Schwerpunkt geistige Entwicklung, auch hier: Wenn ich Ideen habe, wie sie in den Bereich eingebunden werden können, dann klappt das auch. Dann brauche ich keine Werkstätten mehr.

Vielleicht ein Letztes. Sie haben eben, Frau Fester, gefragt: Was kann der Bundestag machen? In der Tat, der Föderalismus bietet jetzt Ihnen nicht so viel. Ich denke, das wird in diesem Raum nicht das erste Mal sein, dass Sie daran scheitern, am Föderalismus. Wir haben in jedem Bundesland unsere eigenen Ideen. Aber was Sie bewirken können in Ihrer Heimatgemeinde, wäre, dass man wenigstens sich mal bemüht, so was wie eine ernsthafte Evaluation ohne Ausschluss von Denken zu bewirken. Dann wäre das sehr gut. Denn das ist genau das, was fehlt. Die erste Schule, die ich geleitet habe, von der ich berichtet habe, die gibt es nicht mehr. Das war eigentlich, noch bevor die Inklusionsschulen kamen, eine inklusive Schule. Die ist abgeschafft worden, und die ist deshalb abgeschafft worden, weil sie nicht mehr ins Schulgesetz reinpasste. Und das ist bitter. Darum, es ist wirklich die Phase einer vernünftigen, ehrlichen Evaluation ohne ideologische Grundmuster, die fehlt. Da müssen wir wirklich drüber nachdenken, und zwar jedes Bundesland. Aber der Impuls wäre schön, wenn man den auch vom Bund weitergeben würde.

Der Vorsitzende: Ja, wir sind schon leider drei Minuten über der Zeit. Ich glaube, wir könnten uns noch wunderbar länger zu dieser Thematik unterhalten. Ich möchte mich aber auf jeden Fall bei Ihnen allen sehr herzlich bedanken für Ihr Kommen, für Ihren Vortrag und für den regen Austausch. Und damit ist die Sitzung für heute geschlossen. Vielen Dank.

Schluss der Sitzung: 16.33 Uhr

Im Original gezeichnet

Matthias Seestern-Pauly, MdB
Vorsitzender